

**UNIA**



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

**work**

**Christiane Brunner: Ihre Nichtwahl war ein Frauen-Fanal. Seite 13**

# Trump ist weg...

**...der Trumpismus bleibt.  
Auch in der Schweiz. Seiten 10-11**



FOTOS: GETTY IMAGES | KEVSTONE | YOSHIKO KUSANO

## **Beppi-Milliardäre gegen Mindestlohn von 21 Franken**

Basler Mindestlohn hat gute Chancen.  
Jetzt dreht der «Daig» durch. Seite 2

## **Weltweit alle impfen ist günstig**

Für nur 6 Milliarden könnten alle Menschen  
gegen Corona geimpft werden. Seite 4

## **Schweiz hat raufgestuhlt**

Wieder Teil-Lockdown. Die  
Nachbarländer sind klar  
strenger und entschädigen  
die Betroffenen viel besser.  
Was Sie jetzt wissen  
müssen. Seiten 8, 9 und 14-15





**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## WEG IST WEG

Weg ist weg, immerhin! Endlich hat Twitter dem orangenen Irren den Stecker gezogen. Und damit auch demonstriert, wer in den USA wirklich das Sagen hat. Nicht nur dort: Twitter, Google, Facebook & Co. regieren die Welt. Aber immerhin: Endlich ist Donald Trump stillgelegt. Als das Grossmaul am 6. Januar 2017 den Thron im Weissen Haus bestieg, zeichnete ihn der Schweizer Karikaturist Chapatte vor zwei roten

## Also Obacht, hey, Joe! und Kamala.

«Twitter». Der andere mit «Nuke», Atombombe. Diese Bombe hat der Bombenleger in seiner Amtszeit nicht gezündet. Dafür taumeln die Staaten jetzt am Abgrund eines Bürgerkriegs. Der Putschversuch der Trump-Hörigen am Dreikönigstag hat's dramatisch vor Augen geführt. Die alten (Sezessions-)Geister, die der Präsident rief, wird Washington DC nun so schnell nicht mehr los. Also Obacht, hey, Joe! (Biden) und Kamala Harris: Es wird windig.

**UNGLEICHHEIT.** Weg ist weg, immerhin! Doch das Ende von Trump ist noch lange nicht das Ende des Trumpismus. Das zeigt work-Autor Oliver Fahrni in seiner fulminanten Analyse im work-Dossier (Seite 11). Denn Trump ist die Vergangenheit der Republikanischen Partei und ihre Zukunft. «Seine Linie war und bleibt die Leitschnur der Partei: weisse Vorherrschaft, Abbau der sozialen Sicherheit, Steuerensenkungen für Reiche und Konzerne, Ausschluss afroamerikanischer und hispanischstämmiger US-Amerikanerinnen und -Amerikaner von den Wahllisten, Kritik der Demokratie, militarisierete Grenzen, Unterdrückung sozialer Bewegungen und Nationalismus.» So was hinterlässt Spuren. So was macht weh. «Die USA leiden unter einer schweren Krankheit», sagt Amerika-Expertin Sylvie Laurent: der Ungleichheit. Was es jetzt brauche, seien Umverteilung und Reformen. Also Obacht, hey, Kamala! und Joe: Es wird ernst.

**TRUMP & BLOCHER.** Die USA sind nicht die Schweiz. Aber auch hier grassiert der Trumpismus. Christoph Blocher ist zwar nicht Donald Trump, aber... da sind mehr als Ähnlichkeiten. Der Wille zur Macht. Die Verachtung der Institutionen. Die Lügen und die Wut. Nachzulesen im erhellenden Polit-Psychogramm von work-Autor Clemens Studer auf Seite 10. Und auch für Blocher gilt: Weg (aus dem Bundeshaus) ist weg, immerhin!

# Sie tun alles, um einen Mindestlohn von 23 Franken zu verhindern: Beppi-Bonzen bocken

**Im Basler Wirtschafts-Establishment liegen die Nerven blank, weil der Stadtkanton einen Mindestlohn einführen könnte. Nun schreit es schon: Kommunismus!**

JONAS KOMPOSCH

Wenn die Stimmberechtigten es wollen, wird Basel-Stadt bald zum Pionierkanton und wird den ersten gesetzlichen Mindestlohn der Deutschschweiz einführen. 23 oder 21 Franken pro Stunde soll er betragen. Ersteres fordert eine Initiative von Gewerkschaften und Linksparteien. Zweiteres sieht ein Gegenvorschlag vor, den das Basler Kantonsparlament am 13. Januar beschlossen hat. Dies mit viel Ach und Krach. Denn die rechte Ratsmehrheit von SVP bis GLP ist aus Prinzip gegen jede gesetzliche Lohnuntergrenze.

Doch zehn abtrünnige Bürgerliche verfolgten eine andere Strategie. Sie befanden, Mindestlöhne seien momentan derart beliebt, dass Fundamentalopposition unklug sei. Zur Sabotage des Gewerkschaftsvorschlags eigne sich daher ein Gegenvorschlag mit einem Mindestlöhnl und diversen Ausnahmeregelungen besser. Mit den Stimmen dieser Abweichter und jener der Linken, die aus taktischen Gründen für beide Vorlagen votierten, kam der Gegenvorschlag schliesslich durch. Und ein Mindestlohn damit ein gutes Stück näher. Deshalb liegen beim Basler Wirtschaftsestablishment die Nerven blank.

### SCHNEIDER POLTERT

Zum Beispiel bei CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Auf Twitter empörte sie sich: «Während der Bundesrat den Lockdown verkündet, beschliesst das Basler Parlament Mindestlöhne.» Das ist zwar Humbug – nur die Stimmbewölkerung kann den Mindestlohn einst beschliessen – doch was kümmert das die Juristin? Lieber poltert sie: «Wer soll das bezahlen?» Ein anderer Twitterer weiss Rat: «Sie könnten doch mit gutem Beispiel vorangehen, sich mit 21 Franken begnügen und allen zeigen: Hey Leute, das reicht völlig zum Leben!» Antwort: «Und meine Steuerrechnung bezahlen Sie?» Konter: «Bei 21 Fran-



1 ANDREAS BURCKHARDT

2 TEDDY BURCKHARDT

3 JOEL THÜRING

4 BEAT HAUENSTEIN

5 WALTER FUX

6 ELISABETH SCHNEIDER-SCHNEITER

1 ANDREAS BURCKHARDT: Verwaltungsratspräsident des Baloise-Versicherungskonzerns, Jahreshonorar: 1,32 Millionen Franken, Vorstandsmitglied Economiesuisse. 2 TEDDY BURCKHARDT: CEO der Werkzeugfabrik Burckhardt of Switzerland AG, Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel, Lohn: geheim. 3 JOEL THÜRING: SVP-Kantonsrat, Politberater, Lohn: geheim. 4 BEAT HAUENSTEIN: CEO des Tabakkonzerns Oettinger Davidoff AG, Lohn: geheim, Firmenumsatz 2019: 453 Millionen Franken, Vermögen der Eigentümerfamilien Ryhiner und Schaffner: rund 1,5 Milliarden Franken. 5 WALTER FUX: Personalchef Lonza Group AG, Lohn: geheim, Firmengewinn 2019: 763 Millionen Franken, Lohn des Lonza-CEO von 2019: 4,75 Millionen Franken. 6 ELISABETH SCHNEIDER-SCHNEITER: CVP-Nationalrätin, Juristin, Präsidentin Basler Handelskammer, Vorstandsmitglied Economiesuisse, Lohn: geheim (140 000 Franken beträgt die Jahresentschädigung für ein Nationalratsmandat im Schnitt).

ken Stundenlohn werden Sie keine Steuern bezahlen müssen.» Darauf die Nationalrätin lapidar: «Eben.» So viel zur volkswirtschaftlichen Logik Schneider-Schneiters, die notabene die Handelskammer beider Basel präsidiert und bei Economiesuisse im Vorstand sitzt, beim grössten Lobbyverband des helvetischen Unternehmertums.

### KLAGELIED DER CEO

Auch bei anderen brannten die Sicherungen durch. Bei Andreas Burckhardt etwa, seinerseits Verwaltungsratspräsident des Baloise-Versicherungskonzerns, nebenbei Vorstandsmitglied von Economiesuisse und des Basler Arbeitgeberverbands. Er verriet dem Radio SRF, dass Mindestlöhne «Staatswirt-

schaft» seien. Und dass eine solche nur «ans Ende» führen könne, was man ja «in der DDR gesehen» habe.

### Basel-Stadt könnte zum Pionierkanton in der Deutschschweiz werden.

Und überhaupt – Gewerkschaftsinitiative und Gegenvorschlag seien «eine Wahl zwischen Pest und Cholera». So jammert einer, dessen Jahreslohn eine Million übersteigt und dessen Familie seit Jahrhunderten zu den reichsten und einflussreichsten der Stadt gehört. Schon am 8. Januar hatte Burckhardt versucht, die Parlamentsmitglieder per Bittbrief zu überzeugen. Jedes Mindestlohngesetz sei abzulehnen, da es «unser

erfolgreiches sozialpartnerschaftliches System» gefährde und eine «besorgniserregende Entwicklung» in Gang setze. Mitunterzeichnet hatten den Brief die CEO der Werkzeugfabrik Burckhardt of Switzerland AG, des Architekturbüros Herzog & de Meuron, der Privatklinik Merian Iselin, des Hafenlogistikers Ultra-Brag, des Tabakkonzerns Oettinger Davidoff AG sowie der Personalchef des Chemiekonzerns Lonza. Ihren Klagebrief schlossen die Herren rhetorisch: «Wir fragen uns, wo das hinführt.» Die Antwort wusste und gab gerne der SVP-Nachwuchsparlamentarier Joel Thüring: «Die Vorbereitungsarbeiten zur Umbenennung unserer Stadt in Karl-Marx-Stadt sind bereits im Gange.» Wohlan dann!

## Ob in der EU oder in Grossbritannien: Konservative setzen auf Mindestlöhne

Innovative Ideen und schlagende Argumente sucht man bei den Basler Rechtsparteien derzeit vergebens. Um einen fairen Mindestlohn zu verhindern, greifen sie zu altbackener Rhetorik und malen den roten Teufel an die Wand (siehe oben). Andere Bürgerliche sind da schon wesentlich weiter. Etwa der britische Premier Boris

### «Angemessene Mindestlöhne sind ein wichtiges Signal.»

EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN  
URSULA VON DER LEYEN

Johnson. Seine konservative Tory-Partei war stets gegen gesetzliche Lohnuntergrenzen – bis sie 1998 Realität wurden. Heute sagt Johnson: «Mindestlöhne ergeben ökonomisch Sinn.» Zum gleichen Schluss kam die konservative

deutsche CDU-Frau Ursula von der Leyen. Als frischgebackene Präsidentin der EU-Kommission sagte sie 2019: «Innerhalb der ersten 100 Tage meiner Amtszeit werde ich ein Rechtsinstrument vorschlagen, mit dem sichergestellt werden soll, dass jeder Arbeitnehmer in unserer Union einen gerechten Mindestlohn erhält.» Von der Leyen lieferte. Künftig soll der Mindestlohn in jedem EU-Land 60 Prozent des jeweiligen mittleren Lohnniveaus betragen. Dann kam die Coronakrise, und viele



Annegret Kramp-Karrenbauer (l.), Ursula von der Leyen. FOTO: KEYSTONE

sahen von der Leyens Vorhaben gescheitert. Doch die CDUlerin hält an ihrem Ziel fest und stellte Ende 2020 klar: «Angemessene Mindestlöhne sind ein wichtiges Signal, dass die Würde der Arbeit auch in Krisenzeiten unantastbar sein muss.» Zuvor schon hatte sich ihre Parteikollegin Annegret Kramp-Karrenbauer gegen Unternehmerverbände gewehrt. Diese forderten eine Einfrierung oder gar Absenkung des deutschen Mindestlohns. Dieser beträgt 9 Euro 50. Auch US-Präsident Joe

Biden setzt in seinem jüngst präsentierten Wiederaufbauplan auf den Mindestlohn. Biden will ihn landesweit auf 15 Dollar verdoppeln und so das von Trump und Corona gebeutelte Land kurieren.

**DIE BESTE WAFFE.** Biden, die CDU und die britischen Tories – sie haben die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bedeutung gesetzlicher Lohnuntergrenzen erkannt. Dass sie keine sozialistischen Absichten hegen, dürften selbst die Basler Rechtsparteien begreifen. Falls nicht, hilft womöglich der Blick nach Frankreich. Dort trat das «Salaire minimum» bereits 1950 in Kraft, wozu der damalige Ministerpräsident René Pleven stolz erklärte: «Der Mindestlohn ist die beste Waffe gegen die Ausbreitung des Kommunismus.» (jok)



FOTO: ISTOCK

30 000 Schreinerinnen und Schreiner zittern:

# Schreinermeister verhöheln den GAV

**Im Schreinerergewerbe gilt ein vertragsloser Zustand. Weil der Meisterverband ein fertig verhandeltes Vertragspaket auf der Zielgeraden sausen liess.**

JOHANNES SUPE

Seit Anfang Jahr gelten im Schreinerergewerbe kaum noch Regeln, es gibt praktisch keine Kontrollen mehr. Dabei fehlen der Schweiz Tausende Fachkräfte im Schreinerergewerbe. Doch das hat der Schreinermeisterverband VSSM wohl nicht bedacht, als er ein fertig verhandeltes Vertragspaket ablehnte. Mit dem Verlust des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) drohen 30 000 Schreinerinnen und Schreiner den Schutz zu verlieren, den die Gewerkschaft über Jahre verteidigt hat. work erklärt, was jetzt auf die Schreinerinnen und Schreiner zukommt:

## ■ Das Vorruhestandsmodell

Es war das grosse Versprechen der Chefs: Endlich werde man über ein Vorruhestandsmodell (VRM) sprechen, um den Mitarbeitenden eine frühere Rente zu ermöglichen. Wie wichtig das für viele Schreinerinnen und Schreiner ist, weiss Thomas Gerber (siehe Text unten), der seit 38 Jahren in der Branche arbeitet: «Wir Schreiner kämpfen später oft mit Rückenproblemen. Deshalb wäre ein Vorruhestandsmodell gut. Es würde auch zeigen, dass man die Arbeit der Schreiner wertschätzt.»

Und tatsächlich: Es wurde ein Modell ausgearbeitet, das den Beschäftigten eine Reduzierung der Arbeit ab dem 60. Altersjahr und einen Rentenanstritt ab 63 ermöglicht hätte. All das bei nur geringen Abzügen. Doch daraus wird jetzt nichts.

## ■ Die Löhne

Ohne geltenden Gesamtarbeitsvertrag sind die Löhne nicht geschützt. Die im GAV enthaltenen Mindestlöhne und

Lohnstufen sind fort, dem Lohndumping also Tür und Tor geöffnet. Ausserdem verlieren die Schreinerinnen und Schreiner ihren Anspruch auf einen 13. Monatslohn.

## ■ Arbeitszeiten und Ferien

41,5 Stunden pro Woche wird im Schreinerergewerbe gearbeitet. So steht es im GAV. Doch der gilt nicht mehr. Es ver-

## Dem Lohndumping sind jetzt Tür und Tor geöffnet.

bleiben nur noch Obligationenrecht und Arbeitsgesetz. Und die sehen Wochenarbeitszeiten von bis zu 50 Stunden vor. Auch stehen den Beschäftigten gesetzlich nur 20 Ferientage zu. Nach Gesamtarbeitsvertrag wären es drei mehr.

## ■ Die Weiterbildungen

Das System der Weiterbildungen hängt am GAV. Ohne ihn fliesst auch kein

Geld, die Arbeitgeber müssten für Weiterbildungen also selbst in die Tasche greifen. Da sie die Ausgaben scheuen, verzeichnet die Höhere Fachschule Bürgenstock schon jetzt weniger Anmeldungen.

## ■ Das Kontrollsystem

Lohnkontrollen wurden bislang von den paritätischen Kommissionen aus Gewerkschaften und Chefs durchgeführt. Sie sollen sicherstellen, dass die Beschäftigten erhalten, was ihnen zusteht. Doch nun müssen die paritätischen Kommissionen ihre Arbeit einstellen.

## WIE WEITER?

Wichtig ist: Für alle, die bereits vor Januar angestellt waren, ändert sich zunächst wenig. Für sie bleiben die bisherigen Regelungen bestehen. Will die Firma das ändern, muss sie eine Änderungskündigung aussprechen. Wer aber neu anfängt oder die Stelle wechselt, ist nun der Willkür der Meister ausgesetzt.

## Verhalten der Meister: «Eine Schlitzohrigkeit, ein Wortbruch, eine glatte Lüge, ein Desaster»

Unia-Verhandlungsleiter Giuseppe Reo und Schreiner Thomas Gerber finden drastische Worte, wenn es um den vertragslosen Zustand im Schreinerergewerbe geht. Und um das Verhalten der Chefs, die ihn zu verantworten haben: «Eine Schlitzohrigkeit, ein Wortbruch, eine glatte Lüge, ein Desaster.» Gerber, der als Unia-Mitglied mitverhandelt hat, sagt: «Es kann doch nicht sein, dass sich nach jahrelangen Gesprächen eine Partei das Recht herausnimmt, alles Vereinbarte wieder zurückzunehmen.» Es ist die Wut darüber, dass seine Branche ohne Schutz für die Beschäftigten dasteht.

«Wir haben schon 2018 gesagt: Wir werden einen neuen Gesamtarbeitsvertrag über Löhne und Arbeitsbedingungen nur im Paket mit einem Vorruhestandsmodell besprechen», erinnert sich Unia-Mann Reo. Auch der Firmenverband VSSM hatte zuvor schriftlich zugesichert, auch über ein Vorruhestandsmodell zu sprechen. So weit bestätigt auch der VSSM die



FOTO: UNIA

**«Der Verband hat alles Vereinbarte wieder zurückgenommen.»**

SCHREINER THOMAS GERBER

Erzählung. Gegenüber work erklärt dessen Zentralpräsident Thomas Iten aber: «Das Thema kam nicht von uns. Es wurde uns von den Gewerkschaften aufgezwungen.» Die Einwände der Schreinermeister: zu teuer. Ausserdem könnten die Mitarbeitenden das reguläre Rentenalter gesund erreichen.

In den Gesprächen gibt es dennoch eine Einigung. Die Gewerkschaften geben beim GAV nach, müssen

etwa eine Verlängerung der Arbeitszeit hinnehmen. Dafür will der VSSM bei einem Modell mitziehen, das eine Rente ab 63 vorsieht. Bei Unia und Syna entscheiden die Schreinerinnen und Schreiner Mitte 2020 über die Vorlage. Hier ist klar: ein Paket, eine Abstimmung. Die Berufsleute stimmen deutlich dafür. Anders beim VSSM. Dort wird im November über Gesamtarbeitsvertrag und Rente mit 63 getrennt abgestimmt. Es ist ein Prozedere mit Folgen: Zum GAV, in dem ihre Wünsche enthalten sind, sagen die Chefs Ja, zur Frühpensionierung Nein.

**DOPPELTES SPIEL.** «Ich glaube, der VSSM hat damit gerechnet, dass es so kommt», meint Thomas Gerber. Also doppeltes Spiel beim Unternehmerverband? Unia-Verhandlungsleiter Reo unterstellt zumindest «Schlitzohrigkeit». Und: «Ihre Erklärung, dass man formal so abstimmen müsse, ist Mumpitz. Das haben sie in den Verhandlungen nie einge-

bracht.» VSSM-Mann Iten stellt die Lage anders dar. Die Abstimmung sei getrennt worden, um Klarheit zu bekommen, wie die Schreinermeister wirklich zur Frühpensionierung stünden. Den Delegierten sei aber deutlich gemacht worden, dass ein Nein zur Rente mit 63 auch den GAV in Frage stelle. Gegenüber work postuliert Iten: «Über eine frühere Pensionierung können wir jetzt nicht mehr diskutieren, das ist vom Tisch.»

Mit grosser Energie versucht der VSSM nun, Öffentlichkeit und Beschäftigten weiszumachen, dass Unia und Syna am vertragslosen Zustand schuld seien. Darüber können die Gewerkschaften nur den Kopf schütteln. «Es war der VSSM, der sich gegen das gesamte Paket entschieden und damit das Ende des GAV provoziert hat», hält Giuseppe Reo fest. Nun liege es an dem Verband, das verhandelte Ergebnis zu respektieren. Andernfalls wolle die Gewerkschaft Aktionen planen, so Reo weiter. (jos)

## Hände weg von der Postfinance!

**BERN.** Der Bundesrat will die Postfinance privatisieren: Die Post, die dem Bund gehört, soll künftig ihre Kapitalmehrheit an der Postfinance verkaufen dürfen. Reto Wyss, Zentralsekretär beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, sagt: «Kommt nicht in Frage! Das wäre ein Frontalangriff auf den Service public.» Zwar sei es richtig, dass der Bundesrat der Postfinance künftig erlauben wolle, Hypotheken zu vergeben. Aber sicher nicht zusammen mit einer Privatisierung. Wyss: «Das wäre, wie wenn man jemanden aus einem Wildbach rettet, um ihn danach den Berg runterzustossen.»

## Rettung für das Frauen-Archiv

**BERN.** Das Gosteli-Archiv in Worblachen BE umfasst, neben vielen anderen Schätzen, biographisches Material zu fast 10 000 Frauen, die sich für die Gleichstellung in der einen oder anderen Form engagiert haben. Nach monatelangem Bangen ist jetzt klar: Der einzigartige Bestand bleibt erhalten. Der Bund hat die Sammlung erstmals als



**MARTHE GOSTELI: Publizistin und Frauenrechtlerin.** FOTO: KEYSTONE

«Forschungseinrichtung von nationaler Bedeutung» eingestuft und unterstützt sie die nächsten vier Jahre mit rund zwei Millionen Franken. Bis zu ihrem Tod 2017 finanzierte die Frauenrechtlerin Marthe Gosteli das Archiv aus ihrem eigenen Vermögen. Doch ihr Erbe ist bald aufgebraucht.

## Corona-Tests in allen Heimen!

**BERN.** Mehr als die Hälfte aller Corona-Todesfälle ereignen sich in Altersheimen. Die Unia fordert deshalb dringend mehr Schutz für Mitarbeitende wie auch für Bewohnerinnen und Bewohner. Vor allem regelmässige, flächendeckende Corona-Tests, finanziert von Bund und Kantonen. Ausserdem soll die öffentliche Hand die Heime endlich mit zusätzlichem Personal unterstützen. Entweder durch den Aufbau von Personalpools, durch Zivilschutz- oder Zivildienstleistende oder allenfalls mit der Armee.

## Initiative: Neues Steuersystem

**BERN.** Sie ist eine alte Forderung der Linken: die Individualbesteuerung. Dadurch wären Paare mit zwei Einkommen nicht mehr benachteiligt. Doch alle Anläufe scheiterten bisher am Widerstand der Konservativen. Pünktlich zum 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimmrechts am 7. Februar startet jetzt eine Volksinitiative mit diesem Ziel. Ungewöhnlich sind die Absenderinnen: die FDP-Frauen.

## Offener Brief Corona richtig stoppen

Die Schweiz ist bei der Pandemiebekämpfung seit dem Ende der «ausserordentlichen Lage» auf Schmuskurs mit dem Virus. Nicht zuletzt wegen der im Vergleich mit den Nachbarn weichen Massnahmen sind die Zahlen in der Schweiz wieder explodiert: Zehntausende Erkrankte, Tausende Tote, Gesundheitswesen am Anschlag. Jetzt regt sich Widerstand aus der Zivilgesellschaft.

**KURSWECHSEL.** Die Initiative «Stop Covid» schrieb dem Bundesrat einen offenen Brief. Darin fordern die Initiantinnen und Initianten einen «sofortigen Kurswechsel» bei der Pandemiebekämpfung. Konkret: Um die Ansteckungszahlen endlich nachhaltig zu senken, verlangen die Erstunterzeichnenden, darunter viele Direktbetroffene, unter anderem:

- Eine Strategie, wie mit den Langzeitfolgen von Corona-Erkrankten umgegangen wird.
- Der Bundesrat soll endlich auf die Expertinnen und Experten hören.
- Die Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit für alle Einwohnenden.
- Die wirksame Entlastung des Gesundheitspersonals.

[www.offener-brief.ch](http://www.offener-brief.ch)

## Ex-Lonza-VR-Präsident Rolf Soiron ist heute noch stolz:

# «Wir schafften Innovation»

**Dass es bei der Lonza heute so gut läuft, verantwortet unter andern ihr ehemaliger VR-Präsident mit. work hat mit Rolf Soiron (75) gesprochen.**

RALPH HUG

**work: Sind Sie eigentlich der «Vater» des Lonza-Erfolgskonzepts Ibox?**

**Rolf Soiron:** Nein, das wäre zu viel gesagt. Solche Innovationen sind wie ein Strom, der fliesst. Es war eine Gruppe, darunter die ehemaligen Konzernlei-

**«Es waren grosse Vorausinvestitionen nötig, sozusagen eine Wette mit dem Geld der Aktionäre.»**

ter Marc Funk, Richard Ridinger sowie auch Patrick Aebischer von der ETH Lausanne. Wir haben den Plan gefasst, in Visp ein modernstes Zentrum für Biomanufacturing aufzubauen. Richtig ist, dass ich als VR-Präsident dafür sorgte, dass dieser Aufbau erfolgen

konnte. Es waren ja grosse Vorausinvestitionen nötig – sozusagen eine Wette mit dem Geld der Aktionärinnen und Aktionäre.

**Trotz dem heutigen Hype: die Lonza war immer auch eine grosse Umweltverschmutzerin ...**

... tatsächlich hat die Lonza Flecken auf der Weste. Es gab Umweltsünden, welche die frühere Generation verursacht hat. An uns ist es jetzt, diese Sünden wiedergutzumachen. Bedenken Sie: Unternehmen sind wie Lebewesen, sie können sich auch wandeln.

**Inzwischen hat die Lonza für das Oberwallis noch die grössere Bedeutung, als es die Autoindustrie für Deutschland hat. Sie schafft Hunderte neue Jobs. Warum gelang dieses kleine Wunder?**

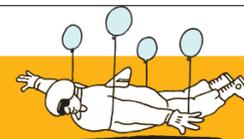
Gut, solche Biotech-Hubs gibt es auch anderswo. Aber wir haben in Visp eine Innovation geschaffen. Der Clou ist die sofortige Verfügbarkeit von Produktionsmöglichkeiten für junge Biotech-Unternehmen. Das ist tatsächlich eine Innovation, auf die wir stolz sein dürfen. Sie zahlt sich jetzt aus.

Rolf Soiron (75) ist promovierter Historiker und war von 2005 bis 2018 Verwaltungsratspräsident von Lonza.



**ROLF SOIRON:** «Es gab Umweltsünden, welche die frühere Generation verursacht hat. An uns ist es jetzt, diese Sünden wiedergutzumachen.» FOTO: KEYSTONE

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Vorwärtsmachen: Mit nur 6 Milliarden zusätzlichem Staatsgeld könnten dieses Jahr alle Menschen weltweit geimpft werden

**25 Milliarden Franken kostete die Entwicklung der Corona-Impfstoffe. Jetzt merken wir: Es gibt zu wenig Produktionsstrassen, um diese schnell genug zu produzieren. Denn dem Kapital sind Renditen wichtiger als die Vermeidung von unnötigen Todesfällen. Also müssen wieder die Staaten ran.**

Es gibt Impfbefürwortende von links bis rechts. Genauso wie es linke und rechte Impfgegnerinnen und -gegner gibt. Jetzt realisieren von rechts bis links Freunde des impftechnischen Fortschritts, dass das Kapital zu wenig Produktionsstrassen aufgebaut hat. Niemand will Fabriken bauen, um schneller Impfstoffe zu liefern, deren Preise bereits fest vereinbart wurden. Dem Kapital sind Renditen wichtiger als die Vermeidung von unnötigen Todesfällen. Wussten wir eigentlich schon lange.

Unterschiedliche Rezepte gegen diesen Missstand stehen im politischen Raum:

- Für die deutsche Partei «Die Linke» muss der Corona-Impfstoff-Hersteller Biontech/Pfizer Lizenzen an Dritte vergeben, damit die Konkurrenz weltweit mit dem Produzieren beginnen kann. Die beste Idee.
- Der neue US-Präsident Joe Biden will das Kriegsrecht nutzen, um die Unternehmen – wie auch immer – zum Produzieren zu zwingen. Wir sind gespannt.
- Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder ärgert sich über fehlende Impfstoffe, ohne bisher einen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt zu haben.

- Der deutsche FDP-Chef Christian Lindner fordert eine Stimulation der Produktion.

**200 IMPFSTRASSEN.** Auf der Welt leben 8 Milliarden Menschen. Wenn 70 Prozent von ihnen – zwecks Erreichung der Herdenimmunität – zwei Mal geimpft werden müssen, braucht es gut 11 Milliarden Impfdosen. Kein reiches Land wird in relevanten Mengen Impfdosen in die Armenhäuser dieser Welt liefern, bevor es nicht seine eigene Bevölkerung mit Impfstoffen versorgt hat.

Umso mehr, als die Pharmaunternehmen wie Biontech/Pfizer und Moderna/Lonza kein Interesse daran haben, in genügend Produktionsstrassen zu investieren. Niemand baut neue Autofabriken, wenn es zu wenig Kundschaft für teure Autos gibt. Jede weitere Impfstoffstrasse in der Lonza würde 30 Millionen Franken kosten. Sie produziert 100 Millionen Impfdosen im Jahr. Vermutlich sogar 150 Millionen. Bleiben wir vorsichtig: Wenn alle Menschen bis Ende 2021 geimpft werden sollen, dann braucht es weltweit rund 200 solcher Impfstoffstrassen, die schrittweise mit dem Produzieren beginnen.

Das geht nur mit Staatsknete. Gesamthaft müssten die Staaten 6 Milliarden Franken investieren, damit alle Menschen bis Ende 2021 geimpft werden können. Dies ist verglichen mit den 25 Milliarden Franken, die von den gleichen Staaten bisher in die Entwicklung der Corona-Impfstoffe investiert wurden, ein kleiner Zusatz-Pipifax-Betrag.



**IMPFEN IN DOSEN:** Wirksame Impfstoffe sind entwickelt. Doch jetzt hapert's mit den Produktionsstrassen, weil das Kapital klemmt. FOTO: PASCAL DRUBEL / UKGM

**INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.** Der doppelte Vorteil einer solchen Strategie: In den reichen Ländern stünden viel schneller, als bisher geplant, genügend Impfstoffe bereit. Genauso, wie dies immer mehr politische Kräfte fordern. Und die Armenhäuser dieser Welt bekämen die Impfstoffe so schnell, wie dies lange Zeit für die Schweiz vorgesehen war.

Seien wir nicht naiv, es geht auch um den Wettbewerb sich konkurrierender mehr oder minder imperialer Staatensysteme. Die erste Runde haben die Impfstoff-Entwicklerinnen und -Entwickler aus Russland und China verloren.

Ihre Produkte sind offenbar etwas weniger gut und nicht nach internationalen Standards getestet. Werden sie mittels eigener Forschung oder Industriespionage den Rückstand aufholen? Sie werden es auf jeden Fall versuchen. Ausser sie bekommen die besten Impfstoffe zwecks Lizenzproduktion auf dem Silbertablett serviert.

Anstatt einen neuen kalten, digitalen Krieg zu beginnen, wären Impfstoffstrassen die richtige Antwort. «Hoch die internationale Solidarität!» skandierte vor mehr als fünfzig Jahren jener Teil der Jugend, der rebellierte.

### LINK ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/kronig](http://rebrand.ly/kronig)  
Die Schweiz hat auf drei Impfstoffe gesetzt. Der von Moderna/Lonza ist sehr gut, der von Biontech/Pfizer gleich gut, macht aber bei der Kühlkette Probleme. Beide haben sie einen Wirkungsgrad von über 90 Prozent, während jener von Astra Zeneca nur zu 70 Prozent wirkt. Den kann man also vergessen. Der Bundesrat hat über jeden Pipifax bis zu drei Stunden diskutiert. Sich aber nicht mit der Impfstoffbeschaffung befasst. Diese überliessen sie BAG-Vizedirektorin Nora Kronig. Voraussichtlich sollen sich bis Juni 2021 alle impfen lassen können, die das auch wollen. In der oben beschriebenen Logik läge auch hier eine Beschleunigung drin.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

# Corona-Impfstoff aus dem Oberwallis

## Das Lonza-Wunder



**GLÄNZENDE ZUKUNFTSAUSSICHTEN:** Bauarbeiter im Innern des Ibox-Gebäudes der Lonza im Oberwallis. In Rekordzeit hat die Lonza ihre Produktionskapazitäten ausgebaut, um Corona-Impfstoffe des US-Pharmakonzerns Moderna herstellen zu können. FOTO: KEYSTONE

**Der neue Impfstoff gegen Corona der US-Firma Moderna wird bei der Lonza in Visp produziert. Das ist nur möglich, weil die Chefs vor Jahren einen super Riecher hatten.**

RALPH HUG

Woher den Impfstoff nehmen? Diese Frage trieb das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schon vor Jahresfrist um. Erst gab es Pläne, bei Lonza eine eigene Impfstoffstrasse zu bauen. Kostenpunkt: rund 30

**Die Lonza ist für das Oberwallis fünf Mal so wichtig wie die Autoindustrie für Deutschland.**

Millionen Franken. Doch das versandete. Warum, darüber hüllen sich heute sowohl das BAG als auch die Lonza in Schweigen. BAG-Mediensprecherin Maria Foursova sagt bloss: «Die aktuelle gesetzliche Grundlage lässt eine Investition des Bundes in Produktionskapazitäten grundsätzlich nicht zu.»

**HUNDERTE NEUE JOBS**

Der soeben zugelassene Impfstoff des US-Pharmaunternehmens Moderna kommt jetzt trotzdem aus dem Wallis. Und das kam so: Seit zweieinhalb Jahren zieht die Lonza in Visp einen neuen Biopark hoch. Der Komplex bringt mehrere Hundert neue Arbeitsplätze. Am Ende stehen fünf neue Produktionshallen am Rhoneufer. Im Endausbau werden in Visp statt der jetzigen

3400 gegen 4000 Leute arbeiten. Das ist gigantisch! Ein Vergleich: Deutschland hat 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Das Oberwallis nur 80 000. Auf tausend Deutsche kommt ein Oberwalliser, eine Oberwalliserin. In Deutschland ist die Autoindustrie mit ihrem 800 000 Arbeitsplätzen systemrelevant und politikbestimmend. Umgerechnet auf Deutschland bedeuten die 4000 Lonza-Arbeitsplätze 4 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Mit anderen Worten: Die Lonza ist für das Oberwallis fünf Mal so wichtig wie die Autoindustrie für Deutschland. Und Visp langsam, aber sicher ein Pharma-Hotspot der Schweiz.

Noch 2013 kündigte das Lonza-Management einen grossen Jobabbau an. 400 der insgesamt 2800 Stellen sollten verschwinden. Das Wallis befürchtete eine Schrumpfkur bei der wichtigsten Arbeitgeberin im Kanton. Und die Unia stritt sich mit den Managern über die Zahl der Entlassungen. Alles Schnee von gestern.

Ibox brachte die Wende. Ibox heisst Steinbock, ein Symbol für Widerstandsfähigkeit. Die Lonza-Führung hatte begriffen, dass es eine Verschiebung braucht: von Feinchemie zu Pharma und Biotechnologie. In diesen beiden Zukunftsparten winken Milliarden-geschäfte. Das Zauberwort hiess «Biomufacturing»: Lonza stellt Pharmakonzernen und kleinen Biotech-Unternehmen ihre Anlagen und ihr Know-how für die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von neuen Wirkstoffen für Arzneimittel zur Verfügung. Lonza-Sprecher Mathias Forny sagt: «Wir ermöglichen den Firmen einen schnellen Einstieg in klinische Studien und eine schnelle Umsetzung.» Denn Tempo ist im Rennen um neue Therapien entscheidend.

Laut Standortleiter Renzo Ciccini investiert Lonza gesamthaft rund eine Milliarde Franken in den Ibox-Komplex, der noch nicht fertig ist. Der französische Pharmamulti Sanofi war Lonzas erster Partner. In Visp werden seitdem Biopharmazeutika hergestellt. Dann folgte Moderna. Jene erst zehn Jahre alte US-Biotechfirma, die den soeben zugelassenen Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt hat. Mit Moderna arbeitete Lonza schon in den USA zusammen, wo sie eine Produktionsstätte unterhält. In der Rekordzeit von acht Monaten anstatt in zwei Jahren stand die komplexe Anlage für den neuen Impfstoff bereit. Für Lonza ein schlagendes Beispiel, wie gut ihr neues Businessmodell funktioniert.

**FINANZIELLES RISIKO**

Die neue Covid-19-Impfstoffstrasse hat drei Linien. Eine hat die Lonza selber mit 70 Millionen Franken bezahlt, die andern beiden Moderna mit 140 Millionen Franken. Die Lonza sei nicht Eigentümerin des Impfstoffs, stellt Sprecher Forny klar: «Wir bringen keine eigenen Pharmaprodukte auf den Markt, sondern produzieren für Kunden.» Letzte Woche hat Gesundheitsminister Alain Berset (SP) die neue Impfstoffstrasse besucht. 300 Millionen Dosen, darunter 4,5 Millionen für die Schweiz, wird der Visper Ibox pro Jahr ausliefern.

Die Verschiebung von Feinchemie zu Biotech war ein finanzielles Risiko. Das sagt der frühere Verwaltungsratspräsident Rolf Soiron im Interview mit work (siehe links). Aber eines, das sich gelohnt hat. Vor allem mit Wirkstoffen gegen globale Pandemien. Die Coronakrise macht klar, dass in kürzester Zeit Abermillionen von Menschen geimpft werden müssen, denn ohne Impfstoff geht es nicht. Das macht sich bezahlt. Die Lonza fährt satte Gewinne ein. In zwei Jahren

**Gefordert: Ein staatliches Impfinstitut, jetzt!**

Einst hatte die Schweiz das Schweizerische Serum- und Impfinstitut in Bern. Es war eine weltweit renommierte Einrichtung für die Entwicklung von Impfstoffen gegen Pocken, Diphtherie, Cholera usw. 2001 wurde das Institut, das unter dem Namen Berna Biotech AG noch 400 Leute in der Schweiz beschäftigte, jedoch verschertelt. Das war unter dem damaligen FDP-Wirtschaftsminister Pascal Couchepin. Wäre das nicht geschehen, kämen heute die Impfstoffe gegen Corona womöglich nicht von US-Pharmakonzernen. Sondern vom Bund, der sich keine Sorgen über genügend Impfdosen machen müsste.

**SPEZIALIST.** Die Schweiz hatte mit dem Immunologen Steve Pascolo auch einen Spezialisten, der mit Erfolg an den Grundlagen für die revolutionären mRNA-basierten Vakzine gegen Covid-19 forschte. Doch er sei mit seiner Arbeit nicht ernst genommen worden, klagt Pascolo, der am Unispital Zürich arbeitet, gegenüber dem «Sonntagsblick». Er fordert jetzt ein staatliches Impfinstitut. (rh)

strebt das Management einen Umsatz von 7 Milliarden Franken an. 2016 waren es noch 4,1 Milliarden gewesen. Wird das Ziel erreicht, wäre es ein Geburtstagsgeschenk: Die Lonza feiert im Jahr 2022 den 125. Geburtstag.

Und selbst wenn das Coronavirus dereinst flächendeckend besiegt sein sollte, sind die Aussichten auf weitere Geschäfte gewahrt. Denn das nächste Virus kommt bestimmt.

**Transportwahnsinn Visp-Madrid-Brüssel und retour**

**Der Moderna-Impfstoff der Lonza macht heute eine Reise durch halb Europa, bis er bei den Impfinden ankommt. Das könnte sich schon bald ändern.**

RALPH HUG

Im Oberwallis pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Die Lonza will den Moderna-Impfstoff, den sie mitproduziert, irgendwann selber abfüllen und verpacken. Mediensprecher Stefan Wyrer sagt: «Lonza ist bestrebt, die Wertschöpfungskette in Zukunft zu erweitern, um selbst Abfüllungen anbieten zu können. Durch die Akquisition von Kapazitäten sowie durch die Schaffung



**WEIT GEREIST:** Der Impfstoff der US-Firma Moderna. FOTO: KEYSTONE

eigener Kapazitäten in Visp.» Details will er noch nicht verraten. Der heutige Umweg über halb Europa wäre dann überflüssig.

**ABFÜLLEN**

Der Hauptteil des Vakzins kommt jetzt von Moderna aus New Hampshire (USA). Den Rest stellt die Lonza in Visp selber her (siehe Artikel links). Dann geht der Stoff zuerst nach Alarcón de Pozuela bei Madrid. Dort wird er von der Pharmazeutik-Firma Rovi abgefüllt. Dazu braucht's Spezial-Know-how. Und vor allem Temperaturen bis zu minus 80 Grad. Auch auf der ganzen Transportkette ist eine lückenlose Kühlung auf minus 20 Grad nötig. Moderna ist hier im Vorteil gegenüber der Konkurrenz von Pfizer/Biontech. Ihr Impfstoff braucht noch tiefere Temperaturen.

**TRANSPORTIEREN**

Danach gehen die portionierten und beschrifteten Fläschchen weiter nach Brüssel. Der Schweizer Transportkonzern Kühne+Nagel übernimmt. Er hat beim Brüsseler Flughafen einen Pharma-Hub eröffnet: Lagerhallen auf 15 000 Quadratmetern speziell für Arzneimittel. Von hier aus werden Europa, Asien und Afrika mit dem Moderna-Impfstoff beliefert. Kühne+Nagel setzt

**«Lonza ist bestrebt, selbst Abfüllungen anzubieten.»**

LONZA-MEDIENSPRECHER STEFAN WYRER

für den Pharmatransport in Europa zweihundert Fahrzeuge mit GPS und Temperaturüberwachung ein. In Deutschland fahren die Laster teils mit Polizeischutz – man fürchtet Sabotageakte von militanten Impfgegnern. Die Verteilzentren wurden deshalb geheimgehalten. Endstation für die Schweiz ist schliesslich das Lager der Armeeapotheke in Ittigen BE. Von dort wird das Vakzin an die Kantone verteilt.

**FLIEGEN**

In der globalen Coronakrise kommen selbst grosse Spediteure ins Schwitzen. Wegen der Komplexität und der riesigen Mengen: Gemäss einer Studie von DHL braucht es für 10 Milliarden Impfdosen 200 000 Palette, 15 000 Flüge und 15 Millionen Lieferungen mit Kühlboxen. Und die International Air Transport Association schätzt, dass für eine einzige Impfung der Weltbevölkerung (7,8 Milliarden Menschen) 8000 Flüge mit randvollen Jumbo Jets nötig sind.

## Deutsche Fleischindustrie Ade, Schweinesystem!

Die deutschen Gewerkschaften konnten am 1. Januar feiern: Ein neues Gesetz legt ab sofort den Dumpingsumpf der Fleischindustrie trocken. Ihr Geschäftsmodell war einfach: Ganze Abteilungen der Fabriken wurden an Subunternehmen übergeben und damit auch alle Verantwortung. Die Subunternehmen wiederum engagierten



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Billigstarbeiter aus dem Osten als Entsandte, Scheinselbständige, Temporäre. Sie vermieteten ihnen zu horrenden Preisen miserable Unterkünfte und hielten sie mit Blockwarten unter Kontrolle. Mit diesem System konnten die Arbeitskosten massiv gedrückt werden, sie betragen noch halb so viel wie bei der dänischen Konkurrenz.

**Wenn das Deutschland kann, warum nicht auch die Schweiz?**

Dieses Schweinesystem machte auch den deutschen Unternehmer Clemens Tönnies grösser und grösser und schliesslich zum Fleischkönig. Er beschäftigt 16 000 Arbeitende. Gegen 100 000 Beschäftigte zählt die deutsche Fleischindustrie insgesamt. Mit Billigfleisch überschwemmt sie Belgien, Holland, Dänemark und erdrückt deren Fleischwirtschaft.

**ARBEITSMINISTER HANDELT.** Als sich im letzten Mai im Tönnies-Stammwerk das Coronavirus verbreitete, kam aus, dass das Unternehmen nicht mal alle die Namen der Mitarbeitenden kannte. Ans Licht kamen auch miese Wohnschläge und ständige Verletzungen der Maximalarbeitszeiten und des Mindestlohns. Mit diesem «System der organisierten Verantwortungslosigkeit» wollte der deutsche Arbeitsminister Hubertus Heil dann Schluss machen. Der SPD-Mann überwies dem Bundesparlament einen Gesetzesentwurf, der ein Verbot des Subunternehmertums vorsieht und ein Maximalvolumen der Temporärarbeit von 8 Prozent. Doch die Fleischindustriellen bockten und mobilisierten ihre Freunde bei der CDU. Aber für das skandalöse Dumpingmodell wollten diese dann doch nicht geradestehen.

**MEHR KONTROLLEN.** Jetzt ist das Gesetz in Kraft. Es sieht auch vor, die Anzahl staatlicher Kontrollen in allen Branchen zu erhöhen. Für jedes Bundesland gelten dafür nun Mindestvorgaben. Wenn Deutschland das Subunternehmertum verbieten und die Temporärarbeit einschränken kann, warum nicht auch die Schweiz? Auf dem Bau zum Beispiel herrschen bei uns ähnliche Dumping-Geschäftsmodelle.

## UNIA online



### Gebäudetechniker\*in, deine Meinung zählt

Seit Jahrzehnten kämpfen Mitarbeitende der Gebäudetechnik für ihre Rechte und setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen ein. Wir wollen wissen: Respektiert dein Arbeitgeber deine Rechte? Mach mit an unserer Umfrage.

[www.unia.ch/umfrage-gt](http://www.unia.ch/umfrage-gt)

# Pflegehelferin Leyla Yilmaz (51) ist hier geboren und arbeitet hier: Jetzt soll sie ihre Niederlassungsbewilligung verlieren

**Leyla Yilmaz ist in der Schweiz geboren, hat ein Leben lang gearbeitet und ist auf Sozialhilfe angewiesen. Jetzt hat sie plötzlich das Migrationsamt am Hals.**

JONAS KOMPOSCH

Eigentlich ist Leyla Yilmaz\* eine Frohnatur. Doch seit Sommer 2019 wird die Pflegehelferin von heftigen Sorgen geplagt. Damals brauchte Yilmaz nämlich selbst Pflege. Mit Herzrhythmusstörungen lag sie kurzzeitig im Spital. Dann geriet sie in den Fokus des Zürcher Migrationsamts, einer Behörde, mit der sie zuvor noch nie zu tun gehabt hatte. Es begann mit einem amtlichen Brief: «Sehr geehrte Frau Yilmaz», stand da, «aus unseren Akten geht hervor, dass Sie seit 1. September 2011 von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen.» Schon nach diesem Satz habe sie sich «schuldig wie eine Verbre-

**«Seit dem Brief des Migrationsamtes lebe ich in ständiger Angst.»**

PFLEGEHELPERIN LEYLA YILMAZ

cherin» gefühlt, sagt Yilmaz. Doch dann erst der Schock: «Falls Sie weiterhin nicht in der Lage sein sollten, Ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften und ohne Sozialhilfe zu bestreiten, werden wir den Widerruf Ihrer Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) prüfen.»

**IM THURGAU GEBOREN**

Einer ausländischen Arbeitnehmerin nach über 50 Jahren den C-Ausweis wegnehmen, nur weil sie auf Sozialhilfe angewiesen

\* Name geändert

ist? Das ist in der Schweiz seit Anfang 2019 möglich. Damals trat das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) in Kraft – mit erneut drastischen Verschärfungen (siehe Artikel unten). Die Auswirkungen spüren nun immer mehr der 2,1 Millionen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Darunter Pflegehelferin Yilmaz. Sie

Wasser. Dann ging ihre zweite Ehe in die Brüche. Yilmaz musste den Gürtel noch enger schnallen. Bis es nicht mehr ging und sie 2011 Sozialhilfe beantragte. «Ergänzend», wie Yilmaz betont. Denn arbeiten tut die 51jährige nach wie vor: «Ich mache Pflegeeinsätze auf Abruf und nehme

rativer Eingriff geplant sei? Warum, wann, wo? Besonders abgesehen hat es das Amt auf die «Nachweise Ihrer Suchbemühungen um eine existenzsichernde Arbeitsstelle». Yilmaz musste beweisen, dass sie monatlich zehn Bewerbungen schreibt, seitdem sie 2011 ihre Festanstellung verloren hat. Und nicht nur das. Verlangt wurde eine ganze Reihe von Belegen, Auszügen, Kopien, Verträgen, Zeugnissen sowie «eine



**VERSCHÄRFT: In der Schweiz ist es seit 2019 legal, wegen Sozialhilfebezugs den C-Ausweis zu entziehen.**

FOTO: KEYSTONE/MONTAGE: WORK

sagt: «Seit diesem Brief lebe ich in ständiger Angst. Und ehrlich gesagt, nie hab ich mich als Ausländerin gefühlt.» Sie bricht in Tränen aus.

Zur Welt kam Yilmaz 1969 in einem Thurgauer Bauerndorf. Als Tochter einer Näherin und eines Lederarbeiters. Beide waren aus der Türkei eingewandert. Nach der Schule machte Tochter Yilmaz eine Ausbildung zur Pflegehelferin, mit Fachprüfung des Schweizerischen Roten Kreuzes. «Dann habe ich immer gearbeitet», sagt Yilmaz wie selbstverständlich. In Spitälern, Heimen und in Privathaushalten. Und dies, wie sie betont, «auch, als ich Ehefrau, dann Mutter und schliesslich Alleinerziehende wurde». Irgendwann ging ihr Arbeitgeber pleite. Yilmaz fand keine Festanstellung mehr – trotz einwandfreien Arbeitszeugnissen. Mit Aushilfsstellen hielt sie sich und ihren Sohn über

jeden Job an.» Zurzeit arbeitet sie für zwei Altersheime. Und da ist es passiert.

**PENETRANTE AUSFRAGEREI**

Kurz vor Weihnachten setzten heftige Kopfschmerzen ein. Dann rief das Temporärbüro an. Sie müsse sofort einen Coronatest machen. Einer ihrer Patienten

**«Ich habe immer gearbeitet, auch als alleinerziehende Mutter.»**

PFLEGEHELPERIN LEYLA YILMAZ

ten sei infiziert. Nun war es auch Yilmaz. Zu Hause in Isolation erreichte sie Post vom Migrationsamt, wie so oft in letzter Zeit. Diesmal enthielt der Brief einen zweiseitigen Bogen mit über zwanzig Fragen: Warum sie eigentlich erwerbslos sei, weshalb in ärztlicher Behandlung und wie lange noch? Ob gar ein ope-

detaillierte, tabellarische und chronologische Aufstellung sämtlicher Aufenthalte im Heimatland seit Ihrer

Einreise in die Schweiz». Auch Gründe, Begleitpersonen und Finanzierung dieser Reisen ins «Heimatland» sollte die in der Schweiz Geborene offenlegen. «I ha dWelt nüm verstande», sagt Yilmaz in breitestem Thurgauerdialekt.

Wobei ihr auch ein Licht aufgegangen sei. Denn im Lokalblatt las sie Verblüffendes: In ihrer Zürcher Wohngemeinde lebten jahrelang rund 150 Sozialhilfebeziehende. Just im Jahr 2019, als das Migrationsrecht verschärft wurde, sank die Zahl auf 90, im letzten Jahr sogar auf rekordtiefe 60 Personen. Verzichten Ausländerinnen und Ausländer auf Sozialhilfe aus Angst vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen? Die Pflegehelferin meldete den Verdacht der Unia. Als Mitglied wird sie jetzt juristisch unterstützt. Das könne sie gut brauchen, sagt Yilmaz, denn eines stehe fest: «Ich lasse mir weder meine Würde noch meinen C-Ausweis wegnehmen.»

## Samira Marti macht einen Vorstoss: «Armut ist kein Verbrechen»

Der Ausländerausweis C (Niederlassungsbewilligung) galt lange als sicher. Wer ihn besass, musste schwere Straftaten begehen, um ihn zu verlieren. Sozialhilfebezug allein reichte selten für den C-Entzug. Es galt nämlich ein spezieller Schutz für Migrantinnen und Migranten, die mindestens seit 15 Jahren in der Schweiz niedergelassen waren.

**SCHUTZ GEFORDERT.** Das änderte sich am 1. Januar 2019 mit der x-ten Verschärfung im Migrationsrecht. Seither gelten Sozialhilfebeziehende tendenziell als schlecht inte-



FOTO: KEYSTONE

griert. Und neu kann die unbefristete Niederlassungsbewilligung sogar bei solchen Personen widerrufen wer-

den, die hier geboren wurden und ein Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt ha-

**«Menschen verzichten wegen der drohenden Ausweisung auf Sozialhilfe.»**

NATIONALRÄTIN SAMIRA MARTI

ben. Sie werden stattdessen auf die befristete Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) zurückgestuft. Diese müssen Angehörige von EU- und EFTA-Staaten alle fünf Jahre, Drittstaatsangehörige (z.B. Personen aus der Türkei) so-

gar jährlich erneuern lassen. Diesem Unrecht hat SP-Nationalrätin Samira Marti (26) den Kampf angesagt. Mit der parlamentarischen Initiative «Armut ist kein Verbrechen» verlangt sie, dass Sozialhilfebeziehende, die seit zehn Jahren ordnungsgemäss in der Schweiz leben, nicht wegweisen werden können. Dazu erklärte die Baselbieterin im Parlament: «Die Drohung mit der Wegweisung wegen Sozialhilfebezugs drängt Menschen dazu, auf nötige Unterstützung zu verzichten.» Die Coronakrise habe diese Problematik nochmals verschärft. (jok)



**GRÜNE NEUE WELT:** Architekt Vincent Callebaut hat mit bepflanzten Bambustürmen und integrierten Windkraftanlagen für die Stadt Paris seine ökologischen Visionen konkretisiert. VISUALISIERUNG: VINCENT CALLEBAUT

Klimawandel: So geht CO<sub>2</sub>-frei bis im Jahr 2030

# Eine Vision? Nein, ein konkreter Aktionsplan!

**Die Schweiz will zwar den Klimawandel stoppen, doch sie hat keinen Plan. Den hat jetzt die Klimabewegung, und sie will das Land radikal umbauen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Sie treten an einem Sommertag vor Ihre Haustür, atmen saubere und frische Luft. Obwohl Sie in einer grossen Stadt leben, sehen Sie viele Bäume. Zudem halten die Pflanzen die Umgebung angenehm kühl. Sie hören nicht mehr den Lärm der Flugzeuge. Stattdessen hören Sie die Vögel und Insekten um Sie herum summen. Vor zehn Jahren haben Sie am Flughafen gearbeitet.

Als die Coronakrise die Welt traf, wurden Flugzeuge gegroundet. Sie bangten um Ihren Job. Später haben viele Flugzeuge wegen der Klimaschutzmassnahmen nie wieder abgehoben. Aber zu diesem Zeitpunkt brauchte man keine Angst mehr davor zu haben, arbeitslos zu werden. Eine berufliche Umschulung ermöglichte es, in vielen verschiedenen anderen Bereichen zu arbeiten, die mit einer ökologischen Zukunft vereinbar sind...»

Dieses Zukunftsszenario klingt etwas naiv. «Nein!» findet Jonas Kampus (19). Er ist Klimastreiker der ersten Stunde, Volkswirtschaftsstudent und Mitautor des neuen Klimaaktionsplanes der Klimabewegung. «Mit der Vision wollen wir zeigen, dass eine andere Welt möglich ist.» Konkret will die Klimabewegung dies mit 138 Massnahmen erreichen, die sie im 377 Seiten schweren Klimaaktionsplan vorstellt, an dem Ökonomen, Psychologen, Klimawissenschaftler, Glaziologinnen und viele weitere Expertinnen und Experten mitgearbeitet haben. Das Ziel: Netto null bis 2030. Das heisst: Bis in neun Jahren soll die Schweiz keine Treibhausgase mehr ausstossen. Damit besteht die grösste Wahrscheinlichkeit, dass die Erderhitzung auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter beschränkt werden

kann. Auch Medizinstudent Matthias Hafner (21) hat am Klimaaktionsplan mitgearbeitet. Er sagt: «Wir sind frustriert, dass in der Politik nicht genügend getan wird.» Was ist mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz? Oder dem neuen Klimaplan der Grünen? «Zu wenig und zu spät», da sind sich Hafner und Kampus einig. Der Plan der Klimabewegung scheint im Gegensatz sehr ambitioniert. Doch Kampus sagt: «Die Massnahmen sind pragmatisch. Und viele wurden bereits in der Vergangenheit oder heute an verschiedenen Orten umgesetzt.» So etwa das Werbeverbot im öffentlichen Raum, durch das der Konsum von klimaschädlichen Produkten gedrosselt werden soll: «Die Stadt Grenoble in Frankreich hat das bereits 2014 eingeführt.»

Peppina Beeli, Co-Verantwortliche fürs Klimadossier bei der Unia, gefällt der Klimaaktionsplan. Sie sagt: «Er schafft es, die Probleme in ihrer ganzen Komplexität zu analysieren und zu vernetzen. Zum Beispiel: Wenn wir keine fossile Energie mehr wollen, braucht es mehr Solarenergie, dazu braucht es rechtliche und finanzielle Grundlagen. Und es braucht Fachkräfte für die Umsetzung, diese wiederum brauchen die entsprechenden Weiterbildungen. Der Plan zeigt also die rechtlichen, finanziellen und gesellschaftlichen Aspekte der ökosozialen Wende auf.» Ebenfalls lobenswert ist für Beeli, dass die soziale Abfederung berücksichtigt wird. «Jedes Kapitel bespricht die soziale Verträglichkeit der vorgeschlagenen Massnahmen.»

## NEUE GESELLSCHAFTSORDNUNG

So sieht der Plan denn auch Umschulungen für Arbeitnehmende aus der Luftfahrt vor. Die Klimabewegung setzt hier zwar auf synthetische Treibstoffe. Aber trotzdem werde diese Branche schrumpfen, zugunsten von verbesserten Nachtzugverbindungen. Auch in der neuen, ökologischen Landwirtschaft ist die soziale Abfederung berücksichtigt: Die Schweiz müsse ihre Landarbeiter und Bäuerinnen wirtschaftlich und rechtlich stärken und die Arbeitsplätze dem Arbeitsrecht unterstellen. Der Plan will auch neue Eigentumsverhältnisse schaffen, grosse Vermögen stärker besteuern und Aktiengesellschaften durch Genossenschaften ersetzen. Zudem

soll die Arbeitszeit auf 24 Stunden pro Woche verkürzt und die Pflege- und Betreuungsbranche ausgebaut werden, um ein gutes Leben innerhalb ökologischer Grenzen zu ermöglichen. Weiter fordert der Klimaaktionsplan die Einführung einer bezahlten zwölfmonatigen Elternzeit, das Stimm- und Wahlrecht ab 14 Jahren und dass Klimaflüchtlinge neu als solche anerkannt werden.

## NEUE TECHNOLOGIEN

Der Klimaaktionsplan setzt auf Verbote, Technologien und Anreize. So will er etwa eine Solarpflicht für Hausbesitzerinnen und -besitzer einführen, jedoch mit einer vollständigen Rückvergütung der Stromerzeugung. Zudem sollen Ölheizungen verboten und alle Gebäude energetisch saniert werden. Auch hier: ein Klimafonds soll diese Massnahme abfedern und verhindern, dass

**«Der Plan funktioniert, wenn der politische Wille da ist. Und die Politik täte gut daran, ihn zu beachten.»**

MATTHIAS HAFNER, KLIMAAKTIVIST

die Mieten steigen. Konventionelle Gebäude sind verboten, stattdessen muss mit einem hohen Anteil an nachhaltigen Materialien wie Holz oder Stroh gebaut werden. Verbrennungsmotoren sind bis spätestens 2030 Geschichte, die Städte autofrei. Dafür wird der Langsamverkehr und das Car-Sharing-Angebot ausgebaut. Industrieunternehmen müssen selbst Aktionspläne entwickeln, um bis 2030 vollständig CO<sub>2</sub>-frei zu produzieren. Für Massnahmen, die zwar technisch machbar, aber unrentabel sind, gibt es finanzielle Unterstützung.

Viele der Massnahmen würden die Gesellschaft tiefgreifend verändern. Oder wie es die Klimastreikenden auf den Punkt bringen: «System Change, not Climate Change» (Systemwandel, nicht Klimawandel). Der Klimaaktionsplan, ein Märchen? Klimaaktivist Hafner ist überzeugt: «Der Plan funktioniert, wenn der politische Wille da ist. Und die Politik täte gut daran, ihn zu beachten.»

[www.climatestrike.ch/de/crisis#solutions](http://www.climatestrike.ch/de/crisis#solutions)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE HÖLLE VON KARA TEPE

Was muss im Kopf von Bürokratinnen und Bürokraten des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge in Genf vorgehen, wenn sie an das Flüchtlingslager von Kara

**Auch in diesem Winter werden auf europäischem Boden Kinder erfrieren.**

Tepe im Norden von Mytilini denken, der Hauptstadt der griechischen Ägäis-Insel Lesbos? Über

7000 Überlebende des Brandes von Moria (am 12. September 2020), dem vormals grössten Flüchtlingslager auf europäischem Boden, sind in Kara Tepe eingepfercht, hinter dreifach gezogenem Nato-Stacheldraht.

**SOMMERZELTE, WINTERSTÜRME.** Die Bürokratinnen und Bürokraten aus Genf haben – auf Geheiss der Europäischen Union – Sommerzelte nach Lesbos geliefert. Diese Zelte haben keinen festen Bodenbelag, keine Bettgerüste, keine Heizung. Britische und deutsche Journalisten vom «Guardian» und der «Süddeutschen Zeitung» machten den Skandal öffentlich. Worauf die Uno-Bürokraten noch einige Tausend Schlafsäcke nachlieferten. Die Flüchtlinge hausen aber immer noch auf dem schlammigen Boden des direkt am Meer gelegenen ehemaligen Schiessübungsplatzes der griechischen Armee.

Auf Lesbos beginnt der Winter. Im letzten Jahr hat der Sturm «Zorba» Wellen bis zu zehn Meter in die Höhe geschleudert. Die Temperaturen fielen in einigen Nächten weit unter null Grad. «Zorba» zerriss mit seinen Sturmböen in den Flüchtlingslagern Zelte und drückte Wohncontainer ein. Latrinen liefen über, und die stinkende Brühe ertränkte Matratzen, Schlafsäcke und Behelfsküchen. Die Kälte war beissend. Kinder erfroren. «Zorba» wird mit grosser Sicherheit auch in diesem Winter werden auf europäischem Boden Kinder erfrieren.

Die Hölle von Kara Tepe ist gewollt: Pro Tag wird nur einmal Essen ausgegeben, das oft ungeniessbar ist. Es gibt kein fliessend Wasser und nur eine häufig verdreckte Toilette für 300 Personen. Als Folge der schlimmen hygienischen Verhältnisse und fehlender medizinischer Hilfe sind Haut- und Darmkrankheiten weit verbreitet. Die gefangen gehaltenen Menschen sind verzweifelt, viele verletzen sich selbst oder versuchen, sich umzubringen.

**ABSCHRECKUNG.** Die EU will die Flüchtlinge auf diese Weise abschrecken. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht sie als «Gefahr für die europäische Lebensweise».

In der Schweiz stehen mehr als die Hälfte der Flüchtlingsunterkünfte leer. Im «Osterappell» vom letzten Jahr verlangten über 50 000 Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die sofortige Aufnahme von 5000 Flüchtlingen aus Lesbos. Doch Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die die Flüchtlingspolitik verantwortet, unterwirft sich der Abschreckungsstrategie der EU.

Flüchtlinge sind die Ärmsten unter den Armen. Um zu überleben, brauchen sie die Hilfe anderer Menschen. Auch von uns.

Zur Rettung der vom Kältetod bedrohten Kinder gibt es gegen die schändliche Herzlosigkeit der Mehrheit des Bundesrates nur eine Waffe: die Mobilisierung der sozialen Bewegungen, der Kirchen, der Gewerkschaften. Kurz: den Aufstand des Gewissens des demokratischen souveränen Volkes.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

## Kurzarbeit bei der Migros Und sie zahlt doch!

**Ausgerechnet jetzt wollte die Migros bei der Entschädigung für Kurzarbeit knausern. Doch die Unia protestierte. Mit Erfolg!**

CHRISTIAN EGG

Die Nachricht kam per Mail. Ab 1. Januar, hiess es, bezahle die Migros bei Kurzarbeit nicht mehr 100 Prozent des Lohnes. Sondern nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen 80 Prozent.

Auch Stefan Ott\* hat das Mail erhalten. Er arbeitet in einem der 330 Fitness- und Freizeitbetriebe des Migros-Imperiums. Seit Beginn der zweiten Coronawelle ist er in Kurzarbeit, da sein Betrieb geschlossen ist.

**«Das ist nichts als korrekt.»**

STEFAN OTT\*,  
MIGROS-MITARBEITER

4500 Franken brutto ist sein Monatslohn. Mit 80 Prozent bleiben ihm netto gerade noch 3000 Franken.

Der Abbau betraf auch 1600 Mitarbeitende der Migros-Klubschule und 2600 beim Reiseunternehmen Hotelplan, wie der «Sonntagsblick» berichtete. Sofort protestierte die Unia: «Die Migros-Mitarbeitenden haben Besseres verdient, und die Migros hat auch die Mittel dazu.»

**REKORDJAHR.** In der Tat: Zwei Tage später gab die Migros bekannt: Im Coronajahr 2020 hat sie einen neuen Umsatzrekord erzielt. 29,8 Milliarden, ein sattes Plus von vier Prozent.

Ein Rekordjahr und die Löhne zusammenstreichen – das geht nicht. Das sahen auch die Migros-Chefs jetzt ein. Und mach-



**MIGROS KREBST ZURÜCK: Jetzt doch voller Lohn bei Kurzarbeit.** FOTO: KEYSTONE

ten den Abbau rückgängig. Mediensprecher Marcel Schlatter gegenüber work: «Mitarbeitende der geschlossenen Freizeit- anlagen, Fitnesscenter, der Klubschule sowie der Fachmärkte erhalten weiterhin den vollen Lohn.»

Zufrieden sagt Anne Rubin, Chefin Detailhandel bei der Unia: «Das war genau, was wir mit unseren Mitgliedern verlangt haben.» Migros-Mitarbeiter Ott ist froh: «Sonst hätte ich mich einschränken müssen. Zu Fuss gehen statt mit dem Bus. Und mehr Teigwaren essen, dafür weniger Fleisch und Gemüse.» Dass die Migros weiter den vollen Lohn zahle, sei «nichts als korrekt», sagt Ott: «Sonst hätte sie ihren Slogan, dass sie allen gehört, wirklich vergessen können.»

**NICHT FÜR ALLE.** Ein Wermutstropfen bleibt: Die Mitarbeitenden der Migros-Tochter Hotelplan bekommen in der Kurzarbeit weiterhin nur 80 Prozent ihres Lohns. Anders bei Coop: Das Unternehmen zahlt allen, die in Kurzarbeit sind, den vollen Lohn, auch für sämtliche Tochterfirmen.

\* Name geändert

**workfrage:**  
**Soll die Kurzarbeit zu 100 Prozent entschädigt werden?**

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

E-Mail oder Brief an: work, Frage,

Postfach 272,  
3000 Bern 15,  
redaktion@workzeitung.ch

## Coronavirus: Schweiz ist wieder im Büsi-Lockdown Plötzlich ein bisschen Mut

**Die mutierten Coronaviren verschärfen die Pandemie-Situation. Der Bundesrat steuert wieder stärker. Aber immer noch viel schwächer als die Nachbarländer.**

CLEMENS STUDER

Am 20. Januar (Redaktionsschluss dieser Ausgabe) vermeldete das Bundesamt für Gesundheit 8235 Coronatote seit Pandemiebeginn und 504918 Erkrankte. Die zertifizierten Betten auf den Intensivstationen waren zu 88 Prozent ausgelastet. Insgesamt lagen 1936 Menschen wegen Corona im Spital. Laut BAG haben von den bislang Hospitalisierten rund 15 Prozent keine relevanten Vorerkrankungen, 83 Prozent mindestens eine. Die häufigsten sind hoher Blutdruck (52 Prozent), Herz- und Kreislauferkrankungen (38 Prozent und Diabetes (25 Prozent).

### MASSNAHMEN, AUSNAHMEN

Am 13. Januar hat der Bundesrat die Corona-Massnahmen wieder verschärft, aber weiterhin nicht die ausserordentliche Lage ausgerufen. Unter anderem hat der Bundesrat:

- Die Schliessung von Beizen, Bars und Freizeiteinrichtungen bis Februar verlängert.
- Läden geschlossen, die keine Güter des täglichen Bedarfs verkaufen – mit vielen Ausnahmen (siehe Artikel unten). Im Gegenzug hat er die beschränkten Öffnungszeiten wieder aufgehoben.
- Die Anzahl Menschen, die sich privat oder öffentlich treffen dürfen, auf fünf aus zwei Haushalten beschränkt. Kinder zählen mit.
- Homeoffice verordnet – ebenfalls mit vielen Ausnahmen.

Ebenfalls angepasst wurden die Regelungen für Härtefall-Ent-



**UNTER QUARANTÄNE: Luxushotel Badrutts Palace in St. Moritz.** FOTO: KEYSTONE

schädigungen. Die Auszahlung bleibt aber weiterhin in der Hand der Kantone, von denen viele aber trödeln.

### DIE MUTANTEN

Zum Handeln bewegen hat den Bundesrat die epidemiologische Entwicklung. Die mutierten Corona-

### Die Schweiz riskiert, die Lage erneut entgleisen zu lassen.

viren aus Grossbritannien, Südafrika und Brasilien sind in der Schweiz angekommen. Und diese verbreiten sich viel leichter als die «alten». So rasant verbreiten konnten sich die Mutanten auch, weil die Schweiz im Unterschied zu den Nachbarländern die Skigebiete offen hält. Für das Geschäft ihrer Bergbahnen nehmen die einschlägigen

Kantone auch riesige Reputationsrisiken in Kauf. Zum Beispiel in Belgien. Dort mussten wegen einer Touristin, die sich in ihren Schweizer Skiferien angesteckt hat, 5000 Menschen in Quarantäne. Im Nobelskiort St. Moritz stehen gleich zwei Luxushotels unter Quarantäne. Und in Wengen BE mussten wegen Corona die Schulen schliessen.

### NACHBARN STRENGER

Trotz den in den ersten Januartagen getroffenen Massnahmen hat die Schweiz weiterhin ein sehr lockeres Corona-Regime – einen Büsi-Lockdown im Vergleich mit unseren Nachbarländern. Die fahren einen entschiedeneren Kurs. Insbesondere Deutschland und Österreich. Obwohl die im Vergleich zur Schweiz in Sachen Erkrankungen und Todesfällen besser dastehen. Gleichzeitig entschädigen diese Länder auch die

von den Corona-Massnahmen betroffenen Firmen und Selbständigen fairer und unkomplizierter als die Schweiz.

### WAS KOMMT NOCH?

Während Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die neusten Entwicklungen der Corona-Pandemie besorgt sind, blockieren Verbände, rechte Parteien und Kantone in der Schweiz entschiedenere Massnahmen. Sowohl gesundheits- als auch finanzpolitisch. Und gefährden damit Leben und Existenzen. Wie lange das noch schlechtgehen kann, ist fraglich.

Die Schweiz riskiert, die Lage erneut entgleisen zu lassen. Zum zweiten Mal nach dem letzten Herbst. Der Bundesrat hat wegen der vielen Mutanten jetzt wieder ein bisschen Mut gezeigt. Aber das reicht noch längst nicht.

## Das Trio infernale der Pandemie-Bekämpfung: Gewerbeverband, Gastrosuisse und die Kantone

Als Corona in die Schweiz kam, übernahm der Bundesrat die Verantwortung. Natürlich passierten Fehler, was bei einer Pandemie mit einem bisher unbekanntem Virus in der Natur der Sache liegt. Trotzdem ist die Schweiz verhältnismässig gut durch die erste Welle gekommen. Doch dann tauchten ideologisch verblendete (oder vielleicht einfach auch nicht so schlaue) Verbandsfunktionäre und eitle Kantonspolitikerinnen und -politiker auf. Nicht zuletzt deshalb steckt unser Land jetzt in einer heftigen zweiten Pandemiewelle. Ein Blick auf drei Hauptakteure:

**DER GEWERBEVERBAND:** Das A und O jeder Pandemiebekämpfung ist die Reduktion von Kontakten. Darum sind Ladenschliessungen ein wirksames Mittel. Das ist wissenschaftlich unbestritten. Aber nicht für rechte Ideologen wie Gewerbeverbandspräsident Hans-Ulrich Bigler. Der vom Zürcher Volk aus dem Nationalrat abgewählte rechtsflügelige FDP-Politiker drängte auf eine Haurucköffnung im Frühsommer. Drohte während des Lockdowns den Grossverteilern Coop und Migros mit Klagen, weil die noch Blumen- erde und Grabkerzen verkauften. Die aktuell gültigen Regeln sind eine direkte Folge von Biglers Wüten im Frühling. Darum können jetzt Blumen gekauft werden, aber keine Bücher. Schreibblöcke und Filzstifte, aber keine Schulsäcke. Motorsägen und Unterhosen, aber keine Hemden. Irr? Ja, und die Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden sind zu Recht sauer. Nur sollten sie nicht auf den Bundesrat sauer sein, sondern auf ihren



**DREIBLATT: Gewerbeverbandspräsident Hans-Ulrich Bigler (l.), Gastrosuisse-Chef Casimir Platzer und die Kantone.** FOTOS: KEYSTONE

Verbandspräsidenten. Sauer könnten sie auch sein, weil die Öffnungszwängerei des Gewerbeverbandes sie um Entschädigungen gebracht hat, wie sie Unternehmen in den Nachbarländern kennen. Unterdesen fordert auch Bigler umfassendere Entschädigungen. Das hätte Bigler schneller und einfacher haben können, wenn er im Frühling pragmatische Verbandspolitik im Sinne seiner Mitglieder gemacht hätte, statt ideologisch verblendet zu wüten. Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden in der Krise kann es niemand verargen, wenn sie im Rahmen ihrer Sparmassnahmen auch bei den Mitgliederbeiträgen die Konsequenzen ziehen.

**DIE GASTROSUISSE:** Die Gastro- und Eventbranche gehört zu den von der Pandemiebekämpfung am härtesten betroffenen Wirtschaftszweigen. Verschärft wurde ihr Elend

nicht zuletzt durch die verfehltete Politik ihres Branchenverbandes Gastrosuisse. Präsident Casimir Platzer ist Hotelier im Berner Oberland (10-Quadratmeter-Kammer ab 90 Franken). Vielleicht fehlt ihm auch deswegen das Verständnis für die realen Bedürfnisse der urbanen und halburbanen Gastronomie. Denn hätte er im Frühsommer nicht im Gleichschritt mit dem Gewerbeverband für eine Haurucköffnung gewütet, wären die meisten Wirtinnen und Wirte, Clubbetreibenden und Event-Gastronomen besser dran. Immerhin scheint er unterdessen begriffen zu haben, dass die Berufskolleginnen und -kollegen seiner Verbandsmitglieder in den Nachbarländern besser dran sind. Mit Entschädigungen von bis 80 Prozent des Vorjahresumsatzes. Darum fordert er jetzt auch höhere Entschädigungen. Das hätte Platzer schneller und einfa-

cher haben können, wenn er im Frühling pragmatische Verbandspolitik im Sinne seiner Mitglieder gemacht hätte, statt ideologisch verblendet zu wüten. Gastronominnen und Gastronomen in der Krise kann es niemand verargen, wenn sie im Rahmen ihrer Sparmassnahmen auch bei den Mitgliederbeiträgen die Konsequenzen ziehen.

**DIE KANTONE:** Schwer beleidigt gaben sich auch viele kantonale Regierungsmitglieder über die Führungsrolle des Bundesrates im Frühling. Vehement forderten sie «mehr Verantwortung». Und nahmen sie dann nicht wahr. Gingen in den Sommer schlaf und ignorierten im Herbst die anrollende zweite Welle. Folgen unter anderem: Das Contact-Tracing funktioniert faktisch flächendeckend nicht. Die Impf-Infrastruktur steht trotz monatelanger Vorlaufzeit nicht. Die Härtefall-Gelder des Bundes sind grösstenteils noch nicht ausbezahlt. Die Spitäler sind am Anschlag. Dafür werden Partikularinteressen wie jene der Bergbahnen und der Jodlerclubs grosszügig bedient mit fatalen Folgen für die Pandemiebekämpfung. Föderalismus als Blödelismus.

Unterdesen möchten schon zwölf Kantone, dass der Bundesrat wieder die ausserordentliche Lage ausruft. Eine späte Einsicht nach Tausenden von unnötigen Ansteckungen und Hunderten unnötigen Toten. Aus dem Kanton kann niemand austreten. Aber die Corona-Versager bei der nächsten Gelegenheit abwählen können alle.

CLEMENS STUDER

So kämpft Beizer Baskarasivaji um die Existenz seines Bistros

# «Konkurs ist für mich keine Option»

**Fast 9000 Franken Miete im Monat und null Einnahmen: Das geht nicht mehr lange gut, sagt Suthakaran Baskarasivaji vom Berner Restaurant Musigbistrot.**

CHRISTIAN EGG

Die Tür ist abgeschlossen, die Stühle hochgestellt. Das «Musigbistrot» im Berner Monbijou-Quartier ist seit fast einem Monat zu. So wie alle Beizen im Land: Trotzdem lacht Suthakaran Baskarasivaji, als er work empfängt. Er sei ein positiver Mensch, sagt der Präsident der Genossenschaft, die das Lokal führt. «Ich bin 200 Prozent motiviert, das «Musigbistrot» am Leben zu erhalten. Konkurs ist keine Option.»

Doch die Zahlen, die der 49jährige auswendig kennt, verheissen nichts Gutes: Juni bis August seien noch okay gewesen, «aber im September machten wir 10 Prozent weniger Umsatz als im Vorjahr. Im Oktober 50 Prozent weniger, im November 70 Prozent weniger.» Vor allem, weil der Kanton Bern Anlässe mit mehr als 15 Personen verboten. Firmenapéros, Geburtstage und Weihnachtsessen fielen ins Wasser. Und seit der Bundesrat am 22. Dezember die Beizen schloss, betragen die Einnahmen null Franken.

## MIT DER MIETE WIRD'S ENG

Die fixen Ausgaben aber bleiben. Vor allem die Miete, 8800 Franken im Monat. Während des ersten Lockdowns habe die Eigentümerin den Mietzins reduziert. Aber von Juni bis Dezember habe er die volle Miete bezahlt, sagt Baskarasivaji: «Das ist wichtig. Wenn wir die Kündigung bekommen, ist das das Ende.»

Neben anderen Fixkosten wie Strom und Sozialabgaben schmerzen den Beizer vor allem die Lebensmittel, die er wegwerfen musste. Zum Beispiel Bier für den Offenausschank. Eine Lieferung umfasse jeweils 20 Fässer, sagt er: «Das Bier hat ein Ablaufdatum. Danach dürfen wir es nicht mehr ausschenken.» Insgesamt habe er im ersten Lockdown Waren im Wert von fast 10000 Franken entsorgen oder verschenken müssen.

## PRIVATES DARLEHEN

Es klopft an der Tür. Der Pöstler bringt einen Stapel Briefe. Baskarasivaji schaut sie kurz durch: «Noch mehr Rechnungen.» Im Herbst nahm er ein Darlehen auf, um für die laufenden Kosten des «Musigbistros» aufzukommen. Nicht im Namen der Firma, sondern privat. Mit 50000 Franken steht er seither bei einem Freund in der Kreide. Er sagt: «Wir Tamilen helfen einander.»

Aber jetzt, mit dem zweiten Beizen-Lockdown bis mindestens Ende Februar, reicht auch das nicht mehr. Der Betrieb braucht Unterstützung,

**«Ich sagte den anderen: Kommt, wir machen das!»**

SUTHAKARAN BASKARASIVAJI, BEIZER

um überleben zu können. Immerhin: Jetzt gelten Restaurants automatisch als Härtefälle. Auch Baskarasivaji will deshalb beim Kanton Hilfe beantragen. Und vor wenigen Tagen hat er der Vermieterin einen Brief geschrieben und angefragt, ob er einen Teil der Miete erst später bezahlen könne. Eine Antwort hat er noch nicht.

## DIE CHANCE GEPACKT

Das «Musigbistrot» ist auch Mitglied beim Arbeitgeberverband Gastrosuisse. Mit dessen Lobbying für eine rasche Wiederöffnung der Beizen im Frühling und gegen strengere Corona-Massnahmen in der zweiten Welle ist Baskarasivaji aber gar nicht einverstanden: Zwar sei es für den Betrieb und für ihn persönlich «schlimm» gewesen, als der Bundesrat die Beizen wieder geschlossen habe: «Aber für das ganze Land war es richtig. Auch Gastrosuisse muss akzeptieren, dass gegen diese Pandemie alle mithelfen müssen.»

Alle gemeinsam: Das gilt auch im «Musigbistrot». Und zwar seit 2015. Damals ging der Wirt konkurs. Den Mitarbeitenden drohte die Arbeitslosigkeit. Da entstand im Team die Idee, das Lokal



**BEIZER SUTHAKARAN BASKARASIVAJI:** «Die Beizenschliessung war richtig. Auch Gastrosuisse muss akzeptieren, dass gegen diese Pandemie alle mithelfen müssen.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

## Wegen Corona: Alle Gastro-Kurse gratis!

Die Beiz ist zu: der ideale Zeitpunkt für eine Weiterbildung! Das finden auch die Sozialpartner im Gastgewerbe. Deshalb haben sie ab sofort zusätzliche Subventionen für alle Kurse in der Branche beschlossen.

**AUCH FÜR JOBSUCHENDE.** Egal, ob Käse-Sommelier oder Küchenchefin, das Lernen einer Sprache oder ein nachgeholt Lehrabschluss: jetzt sind alle durch den Gesamtarbeitsvertrag unterstützten Kurse kostenlos. Und die Betriebe erhalten jetzt noch mehr Entschädigung für die Zeit, in der die Teilnehmenden fehlen. Auch vorübergehend Stellenlose im Gastgewerbe können profitieren. Die Aktion gilt bis August 2021. Mehr Infos unter [weiterbildung-inklusive.ch](http://weiterbildung-inklusive.ch). (che)

selber weiterzuführen – als Genossenschaft. Baskarasivaji war einverstanden: «Ich hatte als einziger schon Erfahrung mit Firmengründungen, früher hatte ich ein Geschäft für tamilische Lebensmittel, später auch ein Restaurant. Ich sagte den anderen: Kommt, wir machen das! Das ist besser, als stempeln zu gehen.»

Sieben von zehn Mitarbeitenden waren interessiert. Sie holten sich Rat bei der Unia, schrieben einen Businessplan. Jeder und jede trieb irgendwo 5000 Franken auf. Und dann sprachen sie bei der

Vermieterin vor. Ebenfalls eine Genossenschaft: die gemeinnützige Fambau, ihr gehören in Bern und Umgebung 2600 Wohnungen. Und, was Baskarasivaji noch heute freut: «Sie gab uns diese Chance.»

## ES FÄGT

Danach sei das Bistrot fast wie bisher weiter gelaufen, nur mit noch mehr Motivation und Einsatz, «weil es jetzt uns gehörte». Von den sieben Gründerinnen und Gründern sind vier auch heute noch dabei, drei neue sind dazugekommen. Baskarasivaji sagt: «Wir sind wie eine Familie geworden. Es ist das beste Team, das man sich vorstellen kann!»

2019 wurde er Präsident. Aber sein Lohn bleibt gleich: «4500 Franken im Monat, gleich viel wie der Koch.» Wichtige Fragen bespreche man gemeinsam, sagt er. «Aber wir haben auch abgemacht: Wenn fertig diskutiert ist, entscheide ich, wie wir es machen.» Auch für die Finanzen müsse am Schluss er alleine geradestehen. «Besser, nur einer geht konkurs als alle sieben», sagt er und lacht wieder. Und lässt keine Zweifel offen: So weit will er es nicht kommen lassen.



## Corona-Bekämpfung Geld oder Leben? Daneben!

**Gibt es einen Widerspruch zwischen Pandemiebekämpfung und Wirtschaftsleben? Nein, sagen die Daten.**

CLEMENS STUDER

«Geld oder Leben!» – nach diesem Motto von Strassenräubern machten und machen marktradikale Ökonomen die gesundheitspolitischen Massnahmen gegen die Ausbreitung des Covid-Virus madig. Auch in der Schweiz. Rechte Politikerinnen und Journalisten plappern es nach. Aber das ändert nichts daran, dass es diese Entweder-oder-Frage nicht gibt. Das zeigen die Zahlen, welche die Forschenden von [www.ourworldindata.org](http://www.ourworldindata.org) zusammengestellt haben. Ihr Fazit (für das erste Halbjahr 2020): Länder, die es geschafft haben, die Gesundheit ihrer Bevölkerung in der Pandemie zu schützen, haben im allgemeinen auch ihre Wirtschaft geschützt.

**BIP UND TOTE.** Die Forschenden trugen die Daten aus 38 Ländern weltweit zusammen. Das ist erhellend. Zum Beispiel, dass Länder mit einem ähnlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts

## Neue Zahlen zeigen: Wer die Gesundheit schützt, schützt die Wirtschaft.

(BIP) völlig unterschiedliche Covid-Opfer-Zahlen haben. Weil die einen unterschiedene Schutzmassnahmen für die Gesundheit der Bevölkerung ergriffen, die anderen aber favorisierten, dass die Wirtschaft ungehindert weiterlief, wie es etwa die SVP in der Schweiz fordert.

Die USA und Schweden haben im ersten Halbjahr 2020 kaum Massnahmen ergriffen, Dänemark und Polen schon. Alle vier Länder hatten einen BIP-Rückgang von zwischen rund 8 und 9 Prozent. Der grosse Unterschied: In den USA und in Schweden gab es 5 bis 10 Mal mehr Tote pro Millionen Einwohnerinnen und Einwohner als in Dänemark und Polen.

Unterdessen hat auch Schweden eingesehen, dass die Laissez-faire-Politik der ersten Pandemien Monate ein Fehler war – und hat zum Teil schärfere Massnahmen verfügt, als sie in der Schweiz gelten. Darum ist das «Vorbild Schweden» auch aus den Kommentarspalten der hiesigen Corona-Skeptiker verschwunden.

## UND DIE SCHWEIZ?

Gegen die Behauptung, Gesundheitsschutz und Wirtschaft stünden bei der Pandemiebekämpfung im Gegensatz, sprechen auch weitere Daten. Länder, die den stärksten wirtschaftlichen Abschwung erlebt haben, gehören meist auch zu den Ländern mit der höchsten Todesrate – zum Beispiel Grossbritannien. Und auch die Gegenprobe ist möglich: Länder mit bescheidenen BIP-Einbrüchen haben dank entschiedenen Pandemiemassnahmen niedrige Sterberaten. Zum Beispiel Südkorea, Taiwan und Litauen.

Und wie steht es in der Schweiz, die in der Untersuchung nicht vorkommt? Sie ist auch ökonomisch relativ glimpflich durch die ersten beiden Quartale 2020 gekommen. BIP: minus 8,6 Prozent. Covid-Tote: 1684. Wie es nach dem verplemperten Sommer und Herbst steht, werden die kommenden Wochen zeigen. Bis Ende 2020 zählte das Bundesamt für Gesundheit bereits 7434 Covid-Tote.



VOR DEM BUNDESHAUS: SVPl'er werben 2018 auf dem Bundesplatz für die Verhüllungsverbotinitiative, die am 7. März an die Urnen kommt. Nils Flechter, mit einem Sprengstoffgürtel; ganz rechts Walter Wobmann. FOTO: KEYSTONE

Der US-Unflat ist weg, der rechte ideologische Unrat bleibt. Auch in der Schweiz:

# Blocher ist nicht Trump, aber ...

Es fällt leicht, sich über den Putschversuch des Trump-Mobs in den USA zu entsetzen, zu empören oder zu belustigen. Dabei ist gerade die Schweiz seit über drei Jahrzehnten ein Paradebeispiel dafür, wie rechte Demagogen eine bürgerliche Demokratie nachhaltig beschädigen können.

CLEMENS STUDER

Christoph Blocher ist nicht Donald Trump. Er ist schlauer. Als Pfarrerssohn und Enkel eines in Deutschland eher ungeleiteten religiösen Eiferers, der ins Berner Oberland flüchtete und sich das Bürgerrecht kaufte, hat er eine andere Geschichte. Aber den gleichen Drang, reich und mächtig zu sein. Zur Elite zu gehören – und das hat er auch geschafft. Mit vielen Tricks und vielen Spekulationen auf dem Finanzmarkt. Den meisten hängt ein Geschmäckli an. Die Übernahme der Ems war Blochers Gesellenstück. Statt – wie es sein Auftrag gewesen wäre – für die angeblich schlecht laufende Firma einen Käufer zu suchen, redete er die Firma gegenüber der Besitzerfamilie schlecht. Und kaufte sie dann selber für einen Viertel des Substanzwertes. Mit einem Millionenkredit der damaligen Bankgesellschaft.

Richtig reich wurde Blocher allerdings nicht mit seinen Aktivitäten auf dem Werkplatz, sondern mit seinen Aktivitäten im Finanzcasino. Er gehörte zu den ersten Kunden von Martin Ebners BZ Bank. Ebner zimmerte ihm auch jährlich neue «Instrumente», um möglichst viel des Ems-Gewinnes steuerfrei auf Blochers Konten zu schieffeln. Später zerschlug das Team Blocher/Ebner die Traditionsfirma Aluisse – mit hohem Gewinn. Blocher sass auch im Verwaltungsrat der später fallierten «Pharma Vision» von Martin Ebner. Und kassierte pro Sitzung über 1 Million Franken. Insgesamt waren es 67 Millionen zwischen 1991 und 1996.

## DER WILLE ZUR MACHT

Christoph Blocher ist nicht Donald Trump. Doch das Geld reichte bei-

den irgendwann nicht mehr. Sie wollten Macht. Am liebsten Macht, die Geld einbringt. So stieg Blocher in die Politik ein. Und kaperte die solidbürgerliche Zürcher SVP. Eine Partei der Bauern und (ländlichen) Gewerbler. Dort waren seine Chancen auf Einfluss grösser als bei der damals noch Hochfinanzpartei FDP. Denn beim Freisinn wäre er gewesen, was er ist: ein Emporkömmling. Ganz anders bei der SVP. Dort inszenierte sich der Millionär volkstümlich. Trotz allen Verwaltungsratsmandaten – unter anderem bei der damaligen Bankgesellschaft. Blocher baute die Zürcher SVP zu einer rechtsnationalis-

## Ab- oder Nichtwahlen ertragen beide Führer gleich schlecht.

tischen Kampforganisation um. Ausländerfeindlich, gegen die Gleichberechtigung der Frauen, gegen die Sozialwerke, gegen Mieterschutz, gegen Minderheiten und Ausgaben für Bildung und Gesundheitswesen. Aber für Steuerenkungen für Unternehmen und Reiche. Blocher gewann Wähleranteile und griff schliesslich nach der SVP Schweiz.

Christoph Blocher ist nicht Donald Trump. Doch beide eint die Verachtung für Gerichte und Parlamente. Obwohl sowohl Blocher wie Trump sich immer auf «das Volk» beziehen, verachten sie die Institutionen – wenn sie ihnen nicht willfährig sind. Trump hoffte auf die von ihm eingesetzten Richter, die seine Wahlfälschungslügen absagen sollten. Und er forderte Parteikollegen in Regierungsräten auf, das Recht zu beugen. Die Blocheristen ihrerseits setzen ebenfalls «ihre» Richterinnen und Richter unter Druck, damit diese die «richtigen» politischen Urteile fällen. Wer nicht willfährig ist, wird in den parteinahen Medien und bei Wahlen frontal angegriffen. Auf der anderen Seite hatte Blocher, als er noch Bundesrat war, keine Hemmungen, zu lügen und sich über Gerichtsurteile hinwegzusetzen: So liess er im Auftrag der USA Akten vernichten und griff in die Arbeit der Bundes-

anwaltschaft ein. Nach seiner Abwahl spielte er dann eine bis heute nicht geklärte Rolle beim Putsch gegen Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand.

## BELEIDIGT UND WÜTEND

Christoph Blocher ist nicht Donald Trump. Doch Ab- oder Nichtwahlen ertragen beide Führer gleich schlecht. 1999 kandidierte Blocher zum ersten Mal als Bundesrat. Er wollte anstelle der Sozialdemokratin Ruth Dreifuss gewählt werden – und wurde es nicht. Danach drohte er dem Parlament: «Wir sehen uns bei Philipp wieder!» Das ist römische Geschichte und Shakespeare und bedeutet interpretiert: «Ich werde mich rächen.» Vier Jahre später gelang Blocher seine Rache, und er kam in den Bundesrat. Welche Mission Blocher hatte, brachte sein Bruder Gerhard am besten auf den Punkt: «Er muss den ganzen Sauland unserer Politik ausräumen.» Dann zückte Gerhard vor laufender Kamera ein Sackmesser und sagte: «Das heisst Nahkampf, das heisst Blut!» Das war das Blocher-Prinzip 13 Jahre vor dem Sturm des Trump-Mobs auf das Washingtoner Capitol.

## ES IST NICHT VORBEI

Der US-Unflat ist weg, der rechte ideologische Unrat bleibt. Auch in der Schweiz. Das zeigt sich gerade in der aktuellen Coronakrise: SVP-Bundesrat Ueli Maurer und die SVP-Führerschaft haben eine Stand-leitung. Die angeblichen oder tat-

## Blocher und Trump eint die Verachtung der Institutionen.

sächlichen Interneta aus dem Bundesrat landen dann umgehend bei den vereinigt Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen. In den USA hat sich unterdessen der frühere Trump-Sender Fox News vom einstigen Idol abgesetzt. Wohl aus wirtschaftlichen Gründen. Die Schweizer Medienhäuser scheinen sich immer noch Gewinn davon zu versprechen, jeden SVP-Furz zu inhalieren und unter die Leute zu bringen.

## USA: Das Ende von Trump ist nicht das Ende des Trumpismus

# Die amerikanische Krankheit

Zwar will der neue US-Präsident Joe Biden sofort nach seiner Vereidigung eine Salve von Dekreten abfeuern, die besonders üble Trump-Beschlüsse rückgängig machen. Und ein 1,9-Billionen-Dollar-Paket durchsetzen, das vielen Menschen Verbesserungen bringt. Doch: Das allein kann das zerrissene Land nicht heilen.

OLIVER FAHRNI

Manchmal machen ein paar Sekunden Geschichte. Sicherheitsleute konnten den US-Vizepräsidenten Mike Pence und die Sprecherin der Demokratischen Partei, Nancy Pelosi, gerade noch rechtzeitig in Schutzräume bugsieren, als bewaffnete, rechtsextreme Anhänger von US-Präsident Donald Trump am 6. Januar das US-Parlament (Capitol) stürmten. Die «weissen Terroristen» seien nur 20 Meter hinter ihnen gewesen, sagte später ein FBI-Mann. Hunderte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern rannten um ihr Leben und verbarrikadierten sich.

Aufgetauchte Videos zeigen, dass in Washington kein entfesselter Mob wütete, sondern mehrere gut organisierte Gruppen. Militärische Kommandos werden gerufen, gezielt potentielle Geiseln gesucht, Dokumente fotografiert. Jemand legte zwei Rohrbomben. «Dies ist eine Revolution», schrie eine Angreiferin in die Kamera.

Doch am Ende scheiterte die Geiselnahme der US-Abgeordneten durch die Trumpisten. Der mitgebrachte Galgen für den «Verräter» Pence trat nicht in Aktion, die Ermordung Pelosis fand nicht statt. Ende Staatstreich. Sieben Personen starben dabei.

Noch-Präsident Trump, der den Putsch am Morgen angeheizt hatte («wir marschieren jetzt zusammen aufs Capitol») und ihn dann im Weissen Haus am Fernsehen verfolgte, musste die geplante Ausrufung von Ausnahmezustand und Kriegrecht absagen. Das Ende der Demokratie in den USA war vorläufig aufgeschoben.

## LEBENSLANG KRIMINELL

Seither sinken Trumps Aktien. Die Deutsche Bank, die ihn mit Milliardenkrediten finanziert hatte, trennte sich von Trump (und von der für ihn zuständigen Direktorin), er steht dort nun mit mindestens 300 Millionen Dollar in der Kreide. Weitere Grossbanken, Konzerne und der US-Industriellenverband wandten sich von ihm ab. Twitter hat ihm, wie die meisten sozialen Medien, den Funk gekappt, nach 30 000 Lügen (von der Tageszeitung «Washington Post» gezählt). Die Stadt New York annullierte alle Verträge mit dem Trump-Konzern. Sogar die Vereinigung der Profigolfer will künftig Trumps 19 Golfplätze meiden.

Mit einem zweiten Impeachment-Verfahren wollen die Demokraten Trump künftig von allen öffentlichen Ämtern fernhalten. Der Mann, der Autokraten wie Putin und Kim Jong-un verehrt und sich schon als «Präsident auf Lebenszeit» wählte, wird «den Rest seines Lebens als brennende Hölle in Gerichtssälen und Gefängnissen erleiden», prophezeit Rick Wilson, ein Ex-Republikaner und Politstratege. Derzeit arbeiten mehr als zwei Dutzend Staatsanwälte Trumps kriminelle Karriere auf. Die Vorwürfe reichen von Wirtschaftskriminalität über Amtsmissbrauch und sexuelle Nötigung bis zum Umsturzversuch. Trump ist sogar darin innovativ: Ein Präsident putscht gegen die Regierung. Heribert Marcuse, der marxistische US-Denker, hatte vor vielen Jahren geschrieben: «Die amerikanische Form des Faschismus ist der vorübergehende Staatstreich. Ein Putsch, um der demokratischen Abwahl vorzuzukommen.» Doch als sich Tränengas, Pulverdampf und Pfefferspray gelegt hatten, und die National-

garde um das Capitol eine «grüne Zone» sicherte, sagte der gewählte Präsident Biden, nun sei die Zeit gekommen, «zur Normalität zurückzukehren». Waren die vier Jahre Trump nur ein Aussetzer? Trump ade, alles gut? Und was heisst in den USA Normalität?

## BIDENS FROMMER WUNSCH

Joe Biden mag sich das wünschen, doch zwischen ihm und der demokratischen Normalität stehen ein zerrissenes Land und eine Republikanische Partei, die in ihrer Mehrheit längst mit vielen demokratischen Prinzipien gebrochen hat.

## «Die USA leiden unter einer schweren Krankheit: der immensen Ungleichheit.»

AMERIKANISTIN SYLVIE LAURENT

Nicht nur, weil prominente Republikaner und die eher schlicht gestrickten Trump-Söhne die Putschisten unterstützten. Selbst als der Angriff auf das Parlament der führenden Weltmacht schon weltweit verurteilt oder schadenfroh begrinst wurde, waren noch 147 republikanische Senatorinnen und Senatoren und Abgeordnete bereit, an der Trump-Lüge von der «gestohlenen Wahl» festzuhalten. Trotz 4 Jahren rassistischer Hetze und 400 000 Coronatoten.

Der scheidende Präsident, der einen Führerkult um seine Person inszeniert und einfordert, ist gewiss irrt, aber er ist in den Augen der Harvard-Professorin Lisa McGirr kein Irrläufer. Sie hat ein Standardwerk über die US-Rechte geschrieben. Am 13. Januar notierte sie: «Trump ist keine Verirrung, er ist die Blaupause der Republikanischen Partei. Er ist ihre Vergangenheit und ihre Zukunft.»

## WEISSE MÄNNER ZUERST

Trumps Linie ist und bleibt die Leitschnur der Partei: weisse Vorherrschaft, neoliberaler Abbau der sozialen Sicherheit, Steuerenkungen für Reiche und Konzerne, Ausschluss afroamerikanischer und hispanischstämmiger US-Amerikanerinnen und -Amerikaner von den Wählerlisten, Kritik der Demokratie, militarisierte Grenzen, Unterdrückung sozialer Bewegungen und Nationalismus.

Nichts daran ist wirklich neu. All dies gründet tief in der Republikanischen Partei. Kein Zufall, dass an Trump-Demos und beim versuchten Staatsstreich die Flagge der Konföderierten auftauchte, das Banner der Sklavenhalter-Städtaaten. Man kann sich ihren Schock vorstellen, als am Tag vor dem Coup im Capitol ein schwarzer Prediger, Raphael Warnock, und ein Sohn jüdischer Immigranten, Jon Ossoff, die zwei Senatssitze des Südstaates Georgia für die Demokraten eroberten und damit die republikanische Mehrheit im Senat kippten.

## TRUMP-HÖRIGE REPUBLIKANER

Dass die Partei, die Trump hervorgebracht hat, ihm bis heute zu weiten Teilen noch hörig ist, liegt daran, dass Trump beziehungsweise seine rechtsextremen Hintermänner wie der Medienunternehmer und Ideologe Stephen Bannon ein Grundproblem für die Republikaner gelöst haben. Es begann 1981 mit dem Einzug Ronald Reagans ins Weisse Haus. Reagan setzte die neoliberale



IM CAPITOL: Trump-Anhänger stürmen am 6. Januar gewaltsam ins Capitol. Zuvor hatte Trump zu einem Marsch aufs Capitol aufgerufen. FOTO: KEYSTONE

rale Revolution in Gang. In den vier Jahrzehnten republikanischem Neoliberalismus (dem sich in der Zwischenzeit auch der demokratische Präsident Bill Clinton nicht entzog) wuchsen die sozialen Unterschiede scharf an. Die (fast durchweg weisse) Oberschicht bereicherte sich enorm, aber immer breitere Schichten

## «Trump ist keine Verirrung, er ist die Vergangenheit und Zukunft der Republikaner.»

HARVARD-PROFESSORIN LISA MCGIRR

versanken in Armut, manchmal sogar in pure Not. Seit der Krise 2000 traf dies auch immer stärker die Mittelschichten, die grosse Krise von 2008 warf sie ganz auf die Knie. Den Republikanern brachen die Wählerinnen und Wähler weg.

Nach der Wahl Barack Obamas im Jahr 2009 modernisierten Bannon & Co. ein altes Konzept der Republikaner: Der Mächtige gewinnt, wenn er die soziale Auseinandersetzung als Rassenkrieg führt. Trump sagte nun in der Essenz: Die Schwarzen, die Hispanics, die Immigranten und die Muslime nehmen euch Weisses das Land und den Wohlstand (und die Frauen) weg. Und die amerikanischen Werte. Obama ist kein richtiger Amerikaner. Mit Wahlbetrug stehlen sie euch sogar die Regierung. Ihr seid die Opfer einer globalisierten (jüdisch-islamisch-kommunistischen-pädophilen) Elite. Aber ich, Trump, bin euer Messias. Im Krieg für den Westen und die USA. Ich hole unser Land zurück.

Derlei kennt man schon aus anderen Zeiten, und die Rechtsnationalen in Italien, Frankreich, Ungarn, Polen, Brasilien, Indien und der Schweiz (siehe Artikel links) bedienen sich des gleichen Opfer-Musters. Übrigens oft vom selben Steve Bannon beraten. Frappant daran ist nur, dass es fast immer die Täter sind, die Herrschenden, die diese Opfer-Rhetorik führen. Trump tat dies besonders wirksam, weil er ihr einen weiteren Dreh verspasste, indem er seine Wählerinnen und Wähler durch permanentes Lügen und seine Medienmacht in eine Parallelwelt führte. Jetzt glauben fast die Hälfte der Republikaner sogar, nicht Trumps Leute hätten das Capitol überfallen, sondern linke Antifaschisten und die Anhänger von Black Lives Matter – als Trumpisten getarnt.

## MYTHOS ARMER WEISSER MANN

Auf das Märchen vom armen kleinen weissen Mann, der Trump in seiner Verzweiflung gewählt habe, sind viele reingefallen. Nach dem Wahlsieg Trumps 2016 spielten Kommentatorinnen und Kommentatoren das Thema bis zum Verdruss. Die Amerikanistin Sylvie Laurent, die an den Universitäten Stanford, Berkeley und Paris lehrt, räumt in ihrem neuesten Buch («Pauvre petit blanc») mit dem Mythos vom Weissen, der verdrängt wird, gründlich auf: «Dieses Land leidet unter einer schweren Krankheit: der immensen Ungleichheit. Die USA brauchen tiefgreifende Reformen und Umverteilung.»

Sicher haben im verschärften neoliberalen Kapitalismus viele weisse Männer ihren Job verloren – aber noch mehr Afroamerikaner und Latinos. Die Arbeitslosigkeit der Latino-Haushalte lag Mitte 2020 nach offiziellen Regierungszahlen bei 19 Prozent, jene der afroamerikanischen bei 16 Prozent und die der weissen bei 14 Prozent. Doppelte so viele afroamerikanische Familien wie weisse leben unter der Armutsgrenze. Sicher sinkt der Wohlstand der Mittelschicht, aber eben nicht nur der Weissen: Das Medianvermögen (die eine Hälfte liegt darunter die andere darüber) der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner liegt heute bei 17 600 Dollar pro Haushalt, bei den Weissen hingegen neunmal höher (171 000 Dollar). Latinos bringen es auch nur auf 20 700 Dollar.

Wenn irgendetwas diskriminiert wird, dann nicht der arme weisse Mann. Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner sind sehr viel häufiger im Gefängnis, erleiden ungefilterte Polizeigewalt und sind von Corona deutlich stärker betroffen. Wie schon Martin Luther King sagte: «Kapitalismus schafft Rassismus.» In einer wirklich demokratischen Gesellschaft wären Rassenfragen Unsinn, weil Rassen nicht existieren. Wird die soziale Unterdrückung aber entlang ethnischen Grenzen organisiert und legitimiert, wird das Sprengstoff.

Interessant, wer da nach dem Capitol-Sturm der Polizei in die Fänge geriet und sich auf dem Netz für seine eigenen «Heldentaten» feierte: Alle Formen von

Extremisten, die Trump für seine Zwecke gefördert hatte. Rassisten, Faschisten wie die «Proud Boys», Neonazis, christliche Fundamentalistinnen, Verschwörungsgläubige (etwa von Q-Anon) und Coronaleugner. Viele Militärs und Polizisten. Überdurchschnittlich viel Mittelschichtsberufe. Fast ausschliesslich Weisse, sehr viele Frauen. Die meisten fühlten sich «vom Präsidenten geschickt», wie sie in Verhören kundtaten.

Bernie Sanders, der grosse alte Mann der US-Linken in der Demokratischen Partei, sieht darum, wie Amerika-

## «Dies alles ist noch lange nicht zu Ende.»

US-FILMER MICHAEL MOORE

nistin Sylvie Laurent, die Rückverteilung von Chancen und sozialer Sicherheit als zentrale Herausforderung für den neuen Präsidenten: «Die Kernfrage ist, warum immer noch so viele einen Mann wie Trump wählen. Wenn die Demokraten es nicht schaffen, sich für die arbeitenden Klassen, egal ob schwarz, weiss, latino oder amerindianisch, gegen die mächtigen Interessen der Wirtschaft durchzusetzen, kommt 2024 ein Autokrat an die Macht, der vielleicht noch schlimmer ist als Trump.»

Joe Biden hat früher, bevor ihn Barack Obama zu seinem Vize machte, zentristisch bis rechts politisiert. Und er steckt tief im Polit-Establishment drin. Seine vorläufige Kabinettsliste ist interessant. Elisabeth Warren, die ihm bei

den Primärwahlen einheizte, steht nicht darauf. Hingegen hat er mit Kamala Harris eine starke Kontrahentin als Vizepräsidentin. Die Wirtschaft dürfte eher beruhigt auf die Ökonomie-Routiniers in Bidens Regierung schauen. Hingegen will er für Arbeit und Soziales Leute erkennen, die als progressiv gelten und die den Gewerkschaften nahestehen.

## DIE BULLDOGGE

Der «neue Biden», sagt der US-Dokumentarfilmer Michael Moore, sei eine Bulldogge. 78-jährig, wolle der Präsident eine markante Spur hinterlassen. Sofort nach seiner Vereidigung wird er eine Salve von Dekreten abschliessen, die besonders üble Trump-Beschlüsse rückgängig machen. Vor allem aber will er schnell ein 1,9-Billionen-Dollar-Paket durchsetzen, das für Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner rasche und konkrete Verbesserungen bringt

- bei der Impfung gegen Covid-19,
- beim Arbeitslosigkeit,
- beim Mindestlohn und beim Zugang zu Obamacare: nach Trump sind über 40 Prozent der Bevölkerung ohne Krankenkassenversicherung.

Doch erst einmal gilt es, Trump zu entsorgen und die bewaffneten Ultra-rechten, deren Mitgliedschaft das FBI auf mehrere Millionen schätzt, ruhezustellen. Moore warnt: «Dies alles ist noch lange nicht zu Ende.»

Dieser Text wurde drei Tage vor der Amtseinführung, am 17. Januar, geschrieben.

Neue Studie zeigt:  
**Rechter Terror nimmt stetig zu**

Während die Zahl der Opfer von Terrorismus insgesamt sinkt, steigt sie im Bereich des Rechtsextremismus markant.

JONAS KOMPOSCH

Die gute Nachricht zuerst: Seit 2014 ist die Zahl der durch Terroranschläge Getöteten stetig gesunken. Und zwar um beachtliche 59 Prozent. In Zahlen: Rund 35000 Menschen starben im Extremjahr 2014, «nur» noch knapp 15000 waren es im Jahr 2019. Zu diesem Befund kommt das wissenschaftliche Institut für Wirtschaft und Frieden (IEP)

**Rechtsnationalisten schaffen mit ihrer Hetze ein Klima der Gewalt.**

mit Sitz in Sydney in seinem «Global Terrorism Index 2020», der wohl ausführlichsten Langzeitstudie über die Entwicklung des Terrorismus. Den Hauptgrund für diese positive Entwicklung sehen die Forschenden in den herben Kriegsniederlagen des sogenannten Islamischen Staats (IS) in Syrien und im Irak.

Dennoch ist die aktuelle Situation alles andere als beruhigend. So forderten die weltweiten Terrorakte in den letzten vier Jahren insgesamt



MOB: Fans von Donald Trump stürmen das Parlament. FOTO: KEYSTONE

stets rund drei Mal mehr Opfer als noch Anfang der 2000er Jahre. Und während islamistische Anschläge sowie die Opferzahlen im Mittleren Osten und in Nordafrika zurückgingen, stiegen letztere in Südostasien sowie in Zentral- und Südamerika an. Dies insbesondere aufgrund politisch motivierter Gewalt – etwa gegen Gewerkschafter oder Journalistinnen. Und in der sogenannten westlichen Welt, wozu die IEP-Forschenden die Länder Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens zählen, verüben Rechtsextreme immer häufiger Attentate.

**ESKALATION IN DEN USA**

Das Ausmass dieses braunen Terrors bilanziert das Institut wie folgt: Seit 2015 ist die Zahl rechtsextremer Anschläge in der westlichen Welt um satte 250 Prozent gestiegen – auf jährlich rund 50 Fälle. Dies ist der höchste Stand seit Analysebeginn im Jahr 1970. Gemessen an den Opferzahlen in den westlichen Ländern, hat damit der Rechtsterrorismus den religiös motivierten zuletzt sogar überholt. Im Jahr 2019 gingen hier 89 von insgesamt 108 Terrortoten auf das Konto rechtsextremer Täter. Am stärksten betroffen waren die USA, wo in den vergangenen 18 Jahren 113 Menschen durch 167 rassistische oder neonazistische Anschläge starben. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 48 Anschlägen und 19 Toten. Die höheren Zahlen führt das IEP zurück auf eine politische Stimmung, die zunehmend von Unruhen, Polarisierung, Instabilität und rechtspopulistischen Parteien geprägt sei. Wie schnell die Lage eskalieren kann, zeigen die USA. 2017, im ersten Präsidentschaftsjahr Donald Trumps, hielten 7 Prozent der Bevölkerung Gewalt für ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. 2020 waren es bereits 34 Prozent. Das machte das IEP Ende November publik – 40 Tage später stürmten Trump-Fans das Kapitol.

Sprachgerechtigkeit: Endlich sind die Frauen nicht mehr nur mitgemeint!

**Der Duden ist jetzt auch eine Dudin**

Es hat Jahrzehnte gedauert, aber nun hat auch das wichtigste deutsche Wörterbuch «Duden» gehandelt und 12000 Berufsbezeichnungen gegendert. Vorerst jedoch nur online.

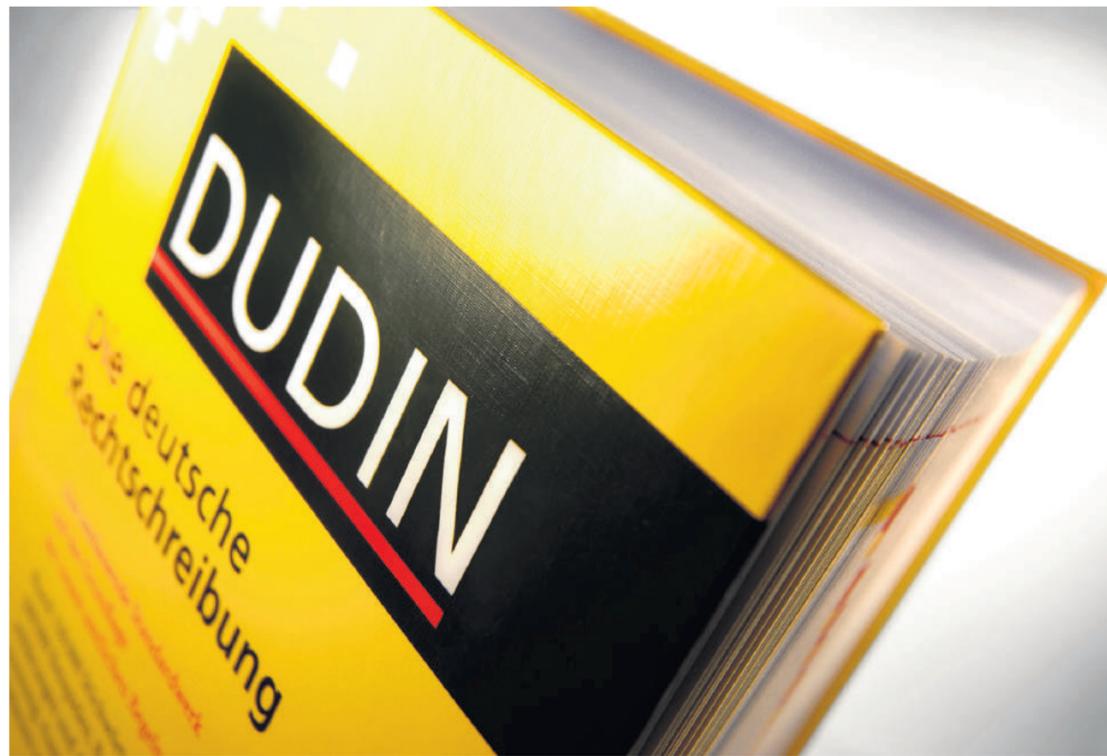
MARIE-JOSÉE KUHN

Endlich ist der Dieb ein Mann! Neuerdings auch bei Duden Online ([www.duden.de](http://www.duden.de)). Er ist nämlich «eine männliche Person, die fremdes Eigentum heimlich entwendet». Drum kann Mann einer Frau jetzt definitiv nicht mehr grammatikalisch korrekt hinterherrschen: «Halt den Dieb!» Denn sie ist eine Diebin. Endlich sind wir Frauen in den männlichen Wortformen nicht mehr versteckt. Und nur mitgemeint. Sondern kommen in der Muttersprache auch zur Sprache. Zum Beispiel in den Berufsbezeichnungen. Als Apothekerinnen, Musikerinnen oder Politikerinnen. Es hat Jahrzehnte gebraucht, aber jetzt gibt es selbst die Duden-Redaktion zu: «Die männlichen Formen waren nie geschlechtsneutral.»

Aber genau das hatten uns die Hüterinnen und Hüter der deutschen Sprache bisher weismachen wollen. Der Fachausdruck dafür heisst «generisches Maskulinum». Das bedeutet so viel wie: männliche Formen können in der deutschen Sprache auch im verallgemeinernden Sinne (eben «generisch») verwendet werden. Also auch für Frauen. Dies, obwohl daneben durchaus weibliche Wortformen existieren.

**MANN ALS CHEFIN**

Die deutsche Sprache ist ein Mann. So kritisiert seit langem besonders eine: die deutsche feministische Linguistin Luise F. Pusch. Und dass ihre Kritik nichts mit «Gender-Wahnsinn» zu tun hat, wie man ihr vorwirft, erklärt sie so: «Es ist durch Studien erwiesen, dass die meisten Menschen bei dem Maskulinum nicht an Frauen und Männer denken, sondern nur an Männer. (Wer wird der nächste Bundespräsident?) ist somit eine klassische Suggestivfrage, weil sie durch das generische Maskulinum keinen Raum



GENERISCH: In der Onlineversion des Nachschlagewerks Duden ist die männliche Form nicht mehr im verallgemeinernden Sinne verwendet. FOTO: KEYSTONE

lässt für den Gedanken an eine Frau. Dieses Konzept kann man auf die ganze Sprache übertragen. Die deutsche Sprache ist eine suggestive Sprache, die immer nur den Mann nahelegt und die Frauen selbst aus ihrer eigenen Vorstellung hinausdrängt.» Das ist verheerend. Nicht nur auf Sprachebene. Sondern auch im Leben. Buschauffeurinnen? Kampfpilotinnen? Baggerführerinnen? Physikerinnen? Allzu lange gab es sie weder noch. Das Sichtbarmachen von Frauen in der Sprache ist deshalb zentral. Wer's bestreitet, gendere mal umgekehrt und verkünde im Büro: «Meine Chefin ist ein Mann.»

**ENTERICH ALS FRAU**

Und trotzdem erntet die Duden-Reaktion jetzt heftigste Kritik für ihr fortschrittliches Tun: «grotesk und absolut unverantwortbar» sei diese Genderei, gifteln verschiedene Medien. Solches Hyperventilieren kennen wir doch: Als die linke Wochenzeitung WOZ am 11. September 1987

ihre Zeitung als «Pusch-Ausgabe» herausbrachte, als Ausgabe, feminisiert von Luise Pusch, tönte es ähnlich wild. Es war eine Pioniertat in Sachen Sprachfeminisierung in der Schweiz. Aber einzelne Autoren weigerten sich sogar, der Wissenschaftlerin ihren Text zur Feminisierung zu überge-

**Die deutsche Sprache legt immer den Mann nahe und verdrängt die Frauen.**

ben. Gegenderte Texte würden mühsam, langfädig und umständlich: dieses Vorurteil lebt auch heute noch. Dabei zeigt gerade die Art, wie work in seinen Artikeln Sprachgerechtigkeit herstellt, wie leicht das gehen kann. Das «steilaufragende I» (Pusch) wie in «KundInnen» verwenden wir nicht. Zu undifferenziert und schwierig auszusprechen. Aber wir brauchen das Splitting: Kundinnen und Kunden. Und immer öfter auch das Sternchen vor der weiblichen Endung: Kund\*innen. Damit sind dann alle Ge-

schlechter gemeint. Und wir verwenden das geschlechtsneutrale «die Kundschaft». Statt «jeder, der...» verwenden wir den Plural: «alle, die...». Und wenn wir mal eine Reihe von Berufen aufzählen müssen, wechseln wir ab mit den Geschlechtern: «Krankenpfleger, Pilotinnen, Verkäufer und Augenärztinnen». Und überall sind entweder die Frauen oder die Männer mitgemeint. Sozusagen ausgleichende (Un-)Gerechtigkeit.

Diese gibt's im sprachlichen Tierreich übrigens schon lange. Auch darauf hat die lustige Luise Pusch kürzlich hingewiesen: «Die Ente, der Enterich, die Enten: Hier wird das Maskulinum aus dem Femininum abgeleitet, und so geht es dem Enterich wie den Frauen.» Sprachlich ist er das abgeleitete Geschlecht. Für ihn wird sich das wohl nicht so schnell ändern. Trotz Duden-Reform.

[www.duden.de](http://www.duden.de): Wörterbuch online  
[www.fembio.org/biographie.php/](http://www.fembio.org/biographie.php/)

**workxl der wirtschaft**

David Gallusser



**KOLLEKTIVE LÖHNE SCHAFFEN LOHNGLEICHHEIT**

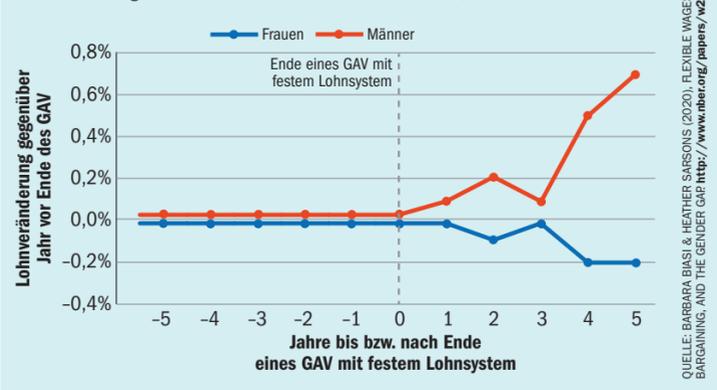
Der US-Bundesstaat Wisconsin zeigt, wie wichtig kollektive Löhne für die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern sind. Die republikanische Mehrheit im Parlament beschneidet dort 2011 die Gewerkschaftsrechte im öffentlichen Dienst. Seither können Gewerkschaften in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) nur noch über Basisgehälter verhandeln. Zugleich wurde dem Staat erlaubt, Löhne individuell festzusetzen. Damit verschwanden Lohnsysteme, wie wir sie auch bei der öffentlichen Hand in der Schweiz kennen. Lohnsysteme, die Arbeitnehmende aufgrund ihrer Arbeitserfahrung (Lohnstufen) beziehungsweise Ausbildung und Funktion (Lohnklassen) unterscheiden.

**MEHR UNGLEICHHEIT.** Der Angriff auf die Gewerkschaften führte zu ungleicheren Löhnen. Eine neue Studie zeigt für die öffentlichen Schulen in Wisconsin, dass die Löhne der Lehrerinnen sanken und jene der Lehrer stiegen, nachdem die GAV mit festen Lohn-

systemen ausgelaufen waren, die vor 2011 abgeschlossen worden waren (siehe Grafik). Die Autorinnen der Studie stellen auch fest, dass nun besonders junge Lehrerinnen zu tieferen Löhnen eingestellt werden. Aber auch bei älteren Lehrerinnen wachsen die Unterschiede, weil ihre Lohnhöhen geringer ausfallen. Insgesamt könnte wegen der Reform den Lehrerinnen in einem Berufsleben von 35 Jahren ein ganzes Jahresgehalt vorenthalten werden. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass es vor 2011 kaum Unterschiede gab.

**KOLLEKTIV STATT INDIVIDUELL.** Die Studie räumt auch mit dem vielbemühten Argument auf, dass Frauen weniger verdienen, weil sie schlechter verhandeln würden. Die Autorinnen können vielmehr nachweisen, dass das Gegenüber entscheidend ist. Zu Lohnunterschieden kam es nämlich nur in Schulen mit männlichen Chefs. Unter weiblicher Führung verhandeln Lehrerinnen nicht nur gleich häufig, sondern

**Ohne GAV sinken die Löhne der Frauen**  
Lohnentwicklung von Lehrerinnen und Lehrern in Wisconsin, USA



QUELLE: BARBARA BASI & HEATHER SARSONS (2020), FLEXIBLE WAGES, BARGAINING, AND THE GENDER GAP <http://www.fembio.org/papers/wz7894>

auch gleich gut wie Lehrer. Das stützt die These, dass Frauen in einem männlich geprägten Umfeld bei Verhandlungen diskriminiert werden. Forderungen, Frauen für mehr Lohngleichheit stärker zu individuellen Verhandlungen zu motivieren, könnten deshalb kontraprodu-

tiv sein. Die Studie legt im Gegenteil nahe, auf kollektive Löhne zu setzen, statt den Chefs Spielraum zum Diskriminieren zu geben.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)



**CHRISTIANE BRUNNER (73)** war die erste Frau an der Spitze einer Gewerkschaft – und des Gewerkschaftsbundes. Von 1982 bis 1989 war die Juristin Chefin beim VPOD und von 1992 bis 2000 bei der Metallgewerkschaft Smuv, einer Vorgängerorganisation der Unia. 1994 bis 1998 teilte Brunner sich das SGB-Präsidium mit GBI-Chef Vasco Pedrina. Und von 2000 bis 2004 war sie SP-Präsidentin. FOTO: KEY



## 50 Jahre Frauenstimmrecht (9): Christiane Brunner

# Die Nichtwahl

Die grosse work-Serie mit Historikerin Dore Heim

Die 100. Bundesratswahl am 3. März 1993 war der Knaller! Nie zuvor hatte eine Nichtwahl in den Bundesrat eine grössere und nachhaltigere politische Wirkung entfacht als die Nichtwahl von SP-Kandidatin Christiane Brunner. Und nie zuvor war Schweizer Politik aufregender gewesen als in der Woche vom 3. bis zum 10. März 1993. Es waren sieben Tage, die die Schweiz veränderten. Sie wurde vom Brunner-Effekt regelrecht erschüt-

### 1993 bediente Mann sich nochmals jener frauenfeindlichen Klaviatur...

tet: Die Nichtwahl der unerschrockenen Gewerkschafterin sorgte für eine politische Mobilisierung der Frauen über alle Parteien und sozialen Unterschiede hinweg. Das hatte das Land seit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971 nie mehr erlebt. Und nochmals bediente Mann sich der ganzen frauen-

feindlichen Klaviatur, mit der Mann die Schweizerinnen jahrzehntelang politisch unmündig gehalten hatte.

### DIE DRECKKAMPAGNE

Kaum hatte SP-Bundesrat René Felber am 13. Januar seinen Rücktritt bekanntgegeben, kam der Name von Christiane Brunner ins Spiel. Sie war damals Präsidentin der Metallgewerkschaft Smuv (heute Unia) und Genfer Nationalrätin. Ebenfalls im Rennen um den frei werdenden Bundesratsitz: SP-Mann Francis Matthey aus Neuenburg. Er bleibt stets unter dem Radar der Medien und der Öffentlichkeit. Gegen Brunner hingegen polemisiert man von Beginn weg. Die Organisatorin und Lichtfigur des Frauenstreiks von 1991 war für viele Männer eine nicht annehmbare Provokation. «Was bloss in dieses Land gefahren ist?» entsetzte sich zum Beispiel die «Weltwoche»: «Eine Gewerkschafterin mit schmaler Kinderhand und grossen Augen in den Bundesrat?» Und der «Blick» hechelte: 5 Kinder. 3 Männer. Karriere im Turbo. Harmonie perfekt. Doch Bern tuschelt weiter.»

Die SP beschliesst, Brunner als einzige Kandidatin ins Rennen zu schicken. Jetzt geht die Hetze erst recht los. Ein anonymer Brief kursiert im Parlament und bei den Bundeshausjournalisten: Es gebe Nacktfotos von Brunner, und sie habe abgetrieben. Aus der Kindfrau wird jetzt eine Sex- und Skandalnudel. Befeuert wird die dreckige Kampagne nachweislich von einem schillernden SP-Nationalrat aus Genf, der Dritten gegenüber versichert, die Nacktfotos gesehen zu haben. Ist die Smuv-Präsidentin zu wenig links, zu angepasst und zu machtorientiert zugleich? Oder geht es um etwas ganz anderes? Brunner kam aus bitterarmen Verhältnissen und löste mit ihren blonden Haaren und ihrem frechen Look tiefstehende Ängste bei Männern aus. Und offenbar auch Phantasien. Es wurde ihr das Bild der «Serviertochter» angehängt. Und Mann fragte hinter vorgehaltener Hand: «Kann so eine in den Bundesrat?»

### DIE ZWILLINGSSCHWESTERN

Gierig greifen die Medien die Gerüchte auf, keine einzige Zeitung fordert Beweise, auch nicht die SRG. Spekuliert wird nur noch über

den Inhalt der Nacktfotos, bis Christiane Brunner am 9. Februar an einer Medienkonferenz die «Fake News» entschieden dementiert. Die Verleumder rächen sich am 3. März: «Gewählt ist Francis Matthey mit 130 Stimmen.»

Die SP hat sich in den zehn Jahren seit der Nichtwahl von Bundesratskandidatin Lilian Uchtenhagen verändert. Den Spitzen von Fraktion und Partei wird im Vorfeld der absehbaren Wahl von Francis Matthey klar, dass die Basis diesmal den Austritt aus dem Bundesrat beschliessen würde. Unmittelbar nach der Wahl kommt es zu einer heftigen Fraktionssitzung. Matthey, unter Druck, verlangt eine Woche Bedenkzeit.

SP-Präsident Peter Bodenmann und Parteisekretär André Daguët als Chauffeur brausen in den nächsten Tagen in einem gemieteten roten Mercedes mit Autotelefon kreuz und quer durch die Schweiz, von einer Sitzung zur nächsten. In Neuenburg verhandeln sie am Küchentisch mit Francis Matthey. Im Zürcher Bahnhofbuffet mit den übrigen Bundesratsparteien. Mit Christiane Brunner und Ruth Dreifuss in der Westschweiz. In Zürich beschliessen die Delegierten, an Christiane Brunner als Kandidatin festzuhalten

### ... mit der Mann die Schweizerinnen jahrzehntelang politisch unmündig gehalten hatte.

und gleichzeitig der Fraktion den Auftrag zu erteilen, eine Lösung zu finden. Christiane Brunner entscheidet, gemeinsam mit Ruth Dreifuss zu kandidieren. Die beiden Sozialpolitikerinnen treten nun als «Zwillingsschwestern» auf.

Diese verzuckerte Inszenierung der Untrennbaren, garniert mit der Sonnenbrotsche, die sie tragen, wird die wütenden Frauen vor dem Bundeshaus besänftigen. Es funktioniert auch, dank der professionellen Haltung der beiden Protagonistinnen. Sie stellen ihre politischen Ziele über persönliche Animositäten. Ein Glücksfall für die Schweiz und die Frauen. Am 10. März wird Ruth Dreifuss im dritten Wahlgang gewählt, als erste SP-Frau und erste Jüdin und als 100. Mitglied der Landesregierung. Ihr Äusseres entsprach dem bürgerlichen Frauenbild, und sie war für die meisten Parlamentarier ein unbeschriebenes Blatt.



### Die Briefträgerin & das Altern

«Wieder ein Jahr überstanden», stellt die Briefträgerin fest. «Wieder eine Runde älter.» Ist gut. Macht nichts. Sie denkt zurück: Der Teamchef, der sie vor mehr als einem Dutzend Jahren



### Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

auf den Job abrichtete, impfte ihr unter anderem eine Leistungsorientierung ein, gegen die ihr Immunsystem sich kaum wehren konnte und die ihr heute noch zu schaffen macht. Wider besseres Wissen,

### «Jung im Herzen – das schon! Aber warum sich an den Jungen messen?»

sozusagen. Was eingetrichtert wurde, ist eben nicht so leicht wieder auszutrichtern. Zumal in einer leistungsbezogenen Umgebung.

**ALTERSERSCHENUNG.** Jener Teamchef war ein paar Jahre älter als die Briefträgerin. Einmal, als trotz seinen Performance-Ansprüchen ein wenig Zeit zum Plaudern war, erzählte er ihr von den Alterserscheinungen und welchen Einfluss sie auf die Postarbeit hätten. Die Briefträgerin erinnert sich vor allem an seinen Hinweis, gerade die feinmotorischen Fähigkeiten würden im Alter nachlassen, was sich deutlich beim Sortieren von Papier bemerkbar mache.

Inzwischen weiss die Briefträgerin aus eigener Erfahrung, wovon er damals sprach. Sie ist heute weniger stressatürlich denn je. Bei kaltem Wetter schlägt ihr Atem die Lesebrille, die nun auf ihrer Nase sitzt, die Haut ihrer Hände ist trockener als früher, die Sendungen rutschen ihr öfter aus den Fingern, und vor allem beim eiligen Abzählen der Promopost kommt sie sich manchmal ungeschickt und unbeholfen vor.

**RESPEKT.** Es gibt einige gesellschaftliche Trends, die die Briefträgerin nicht versteht. Einer davon ist der Jugendlichkeitswahn. Warum Jugendlichkeit behaupten, statt auf ein würdiges Altern zu pochen? Warum sich an den Jungen messen, statt einem Körper Respekt zu erweisen, der ein Leben lang seine Arbeit tat, und einem ebensolchen Gedächtnis? Warum jugendhaft schnell sein wollen, statt eine Anpassung der Tempovorgaben als selbstverständlich einzufordern?

Jung im Herzen – das schon! Trotz oder gerade wegen der nachlassenden körperlichen Leistungsfähigkeit.

### work-Serie: Stimmrechtsfrauen



FOTO: NICOLAS ZONVI

Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer

work-Serie porträtieren. Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete. Martina Hälgi-Stamm, die Pionierin in Mostindien. Dora Schmid, die erste Bundesbeamtin der Schweiz. Die kompromisslose Revolutionärin Rosa Bloch. Und Margarethe Faas-Hardegger, die Anarchismus, Abtreibung und freie Liebe propagierte. Alle Teile der Serie gibt es hier: [www.rebrand.ly/frauenstimmen](http://www.rebrand.ly/frauenstimmen)



**Das offene Ohr**

David Aebly von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Pause: Ich darf in den 15-Minuten-Pausen das Warenhaus nicht verlassen. Muss die Firma diese Zeit bezahlen?

Ich arbeite als Verkäufer in einem grossen Warenhaus. Der Arbeitsvertrag sieht am Morgen und am Nachmittag eine nicht bezahlte Pause von je 15 Minuten vor. Das Verlassen des Gebäudes während der beiden Pausen ist nicht gestattet. Es steht den Mitarbeitenden aber ein Personalrestaurant und zusätzlich ein grosser Pausenraum zur Verfügung. Nach meiner Auffassung müsste die Firma diese Pausen entschädigen, wenn man das Arbeitsgebäude nicht verlassen darf. Liege ich mit meiner Auffassung richtig?

DAVID AEBLY: Nein, leider nicht. Nach Arbeitsgesetz gelten die Pausen nur dann als bezahlte Arbeitszeit, wenn die Arbeitnehmenden ihren Arbeitsplatz nicht verlassen dürfen. Als Arbeitsplatz gilt dabei jeder Ort im Betrieb oder ausserhalb des Betriebes, an dem sich



die Arbeitnehmenden zur Ausführung der ihnen zugewiesenen Arbeit aufzuhalten haben. Als Arbeitsplatz gilt also der konkrete Ort, an dem Sie arbeiten. Wird die Arbeitspause aber in einem speziell dafür vorgesehenen Raum verbracht, so gilt dies nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts als Verlassen des Arbeitsplatzes. Auch dann, wenn sich der Pausenraum im selben Gebäude wie der Arbeitsplatz befindet. Pausen innerhalb des Firmengebäudes gelten nur dann als bezahlte Arbeitszeit, wenn dies im Gesamtarbeitsvertrag oder im Einzelarbeitsvertrag so vorgesehen ist.

bracht, so gilt dies nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts als Verlassen des Arbeitsplatzes. Auch dann, wenn sich der Pausenraum im selben Gebäude wie der Arbeitsplatz befindet. Pausen innerhalb des Firmengebäudes gelten nur dann als bezahlte Arbeitszeit, wenn dies im Gesamtarbeitsvertrag oder im Einzelarbeitsvertrag so vorgesehen ist.

## Kündigung: Kann ich die berufliche Vorsorge weiterführen?

Meine Firma leidet stark unter der Coronakrise. Einige meiner Kolleginnen und Kollegen haben bereits die Stelle verloren. Ich befürchte, dass ich demnächst die Kündigung erhalten werde. Mit meinen 60 Jahren und gesundheitlichen Beeinträchtigungen werde ich wohl nicht so einfach eine neue Stelle finden. Falls ich keinen neuen Job bekommen sollte, kann ich wenigstens die berufliche Vorsorge weiterführen?

DAVID AEBLY: Ja, auf der Grundlage des neu geschaffenen Artikels 47 a des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge, der ab dem 1. Januar 2021 gilt. Wird Arbeitnehmenden nach vollendetem 58. Altersjahr gekündigt, können sie bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung bleiben und von der Weiterversicherung im bisherigen Umfang profitieren. Zu beachten bleibt natürlich, dass bei der Weiterführung der beruflichen Vorsorge die Beiträge selbst bezahlt werden müssen. Früher konnte die berufliche Vorsorge bei der bisherigen Pensionskasse nur dann weitergeführt werden, wenn dies auf freiwilliger Basis im Reglement der Pensionskasse so vorgesehen war. Meistens waren die Konditionen nicht vorteilhaft. In vielen Fällen war eine Weiterversicherung gar nicht möglich. Dann sind die Personen durch die Kündigung des Arbeitsverhältnisses automatisch aus der Vorsorgeeinrichtung ausgeschieden.

## Ihr Lohn bei Kurzarbeit und Quarantäne: Das gilt aktuell

# Schadensbegrenzung in der Pandemie

Wie Sie bei Kurzarbeit finanziell gestellt sind, welche abweichenden Regeln in Coronazeiten gelten und in welchen Fällen Sie bei Quarantäne für Ihren Erwerbsausfall entschädigt werden.

MARTIN JAKOB

Über eine Million Mitarbeitende bezogen im April 2020, auf dem Höhepunkt des Lockdowns, Kurzarbeitsentschädigung. In den Sommermonaten sank die Zahl bis auf rund 200'000. Doch bereits im November meldeten die Schweizer Firmen wieder gegen 650'000 Personen zur Kurzarbeit an. Und nun sorgen die neuen Massnahmen vom Bund und den Kantonen für eine weiter wachsende Zahl von Firmen, die ihr Personal nur noch eingeschränkt beschäftigen können. Wie während der ersten Pandemiewelle trifft es die Gastronomie und Hotellerie, den Fachhandel, den Tourismus und die Kulturschaffenden am härtesten.

Die aus der Arbeitslosenkasse bezahlte Kurzarbeitsentschädigung entlastet die Firmen finanziell und hat den Zweck, Entlassungen zu vermeiden. Leider bedeutet Kurzarbeit aber keinen Kündigungsschutz.

### KURZARBEIT – SO FUNKTIONIERT'S

Um Sie zur Kurzarbeit anzumelden, braucht die Firma Ihre Einwilligung. Zurzeit kann sie diese mündlich einholen und muss nicht für jede einzelne Person eine schriftliche Zustimmung einreichen. Zwei weitere Erleichterungen: Falls Ihre Firma Kurzarbeit

### Die tiefsten Einkommen sind bei Kurzarbeit jetzt bessergestellt.

anmeldet, müssen zuvor entstandene Überstunden nicht zuerst abgebaut werden. Und wenn Sie die durch Kurzarbeit gewonnene freie Zeit für einen Zwischenverdienst oder eine selbständige Tätigkeit nutzen, müssen Sie das dabei erzielte Einkommen dem Arbeitgeber nicht melden.

Die Kurzarbeitsentschädigung beträgt 80 Prozent des normalen Einkommens (Ausnahme

siehe unter «Sie verdienen weniger als 4340 Franken»). Bei Teil-Kurzarbeit erhalten Sie für geleistete Arbeitsstunden den vollen Lohn, für die ausgefallenen Stunden 80 Prozent. Die Sozialversicherungsbeiträge werden immer auf dem Normallohn berechnet.

**Sie verdienen weniger als 4340 Franken:** Für Menschen mit geringem Einkommen haben die Gewerkschaften eine Sonderregelung erstritten. Sie gilt rückwirkend ab dem 1. Dezember 2020 und bis zum 31. März 2021. Bis zu einem Monatseinkommen von

### Nur bei verordneter Quarantäne erhalten Sie Erwerbsersatz.

3470 Franken (umgerechnet auf eine 100-Prozent-Stelle) beträgt die Kurzarbeitsentschädigung für Sie 100 Prozent. Für Einkommen zwischen 3470 und 4340 Franken beträgt die Kurzarbeitsentschädigung einheitlich 3470 Franken. Ab 4340 Franken gilt die reguläre Entschädigung von 80 Prozent.

**Sie arbeiten auf Abruf:** Personen, deren Beschäftigungsgrad von Monat zu Monat um mehr als 20 Prozent schwankt, haben seit 9. April 2020 und bis vorläufig 30. Juni 2021 ebenfalls Anrecht auf Kurzarbeitsentschädigung, sofern sie seit mindestens sechs Monaten in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. Der Arbeitsausfall wird auf Basis der letzten 6 oder 12 Monate vor Beginn der Kurzarbeit berechnet, es gilt die Berechnung, die für die betroffene Person die vorteilhaftere ist.

**Sie sind in der Lehre:** Seit 1. Januar dieses Jahres können Lehrbetriebe wieder Kurzarbeit für die Lernenden beantragen.

**Sie arbeiten in einem befristeten Vertrag:** Seit 1. Januar können Firmen wieder Kurzarbeit für befristeten Angestellte beantragen.



### WORKTIPP

### GUTER RAT

Die Unia führt auf Ihrer Website ein laufend aktualisiertes Dossier mit häufigen Fragestellungen rund ums Thema Arbeitswelt und Coronavirus. Der direkte Link: [www.unia.ch/corona](http://www.unia.ch/corona).

ERZWUNGENE PAUSE: Der vom Bundesrat neu verfügte Lockdown hat für viele Angestellte Kurzarbeit zur Folge. FOTO: GETTY

gleichen Haushalt fernhalten und dürfen nur für Arztbesuche ausser Haus gehen. Unangenehm genug – aber was sind die finanziellen Folgen? Nicht in jedem Fall werden Sie für die Quarantäne entschädigt.

**Leer gehen Sie aus,**  
● wenn Sie aus Vorsicht zu Hause bleiben (zum Beispiel nach einer Alarmmeldung auf Ihrer Covid-App), ohne dass die Quarantäne ärztlich oder behördlich verfügt worden ist.  
● wenn Sie nach einem Ferienaufenthalt aus einem Land heimkehren, das schon zu Beginn Ihrer

Reise als Risikogebiet eingestuft worden war, und Sie deshalb in Quarantäne müssen.

**Lohnfortzahlung erhalten Sie,**  
● wenn Sie während der Quarantäne im Homeoffice arbeiten.  
● wenn Sie ärztlich krank geschrieben werden – sei dies nun, weil sich tatsächlich eine Coronakrankung entwickelt, oder aus einem anderen Grund.

**Erwerbsersatz erhalten Sie,**  
● wenn die Quarantäne ärztlich oder behördlich verfügt worden ist.  
● wenn Sie nach einem Ferienaufenthalt aus einem Land heimkehren, das schon zu Beginn Ihrer

Reise, das erst nach Ihrer Abreise zum Risikogebiet erklärt wurde, und Ihnen die Quarantäne behördlich zur Pflicht gemacht wird.

Möglicherweise bezahlt Ihnen Ihre Firma den Lohn während der Quarantäne in voller Höhe weiter. Dann hat sie den Erwerbsersatz an Ihrer Stelle zugute. Andernfalls müssen Sie diesen bei Ihrer Ausgleichskasse selber beantragen. Er beträgt 80 Prozent des AHV-pflichtigen Einkommens, höchstens aber 196 Franken pro Tag während maximal 10 Tagen.

Die Adresse Ihrer kantonalen Ausgleichskasse finden Sie hier: [rebrand.ly/ausgleichskassen](http://rebrand.ly/ausgleichskassen).

AUSGESTEUERT

AB 1. JANUAR 2021

### LICHTBLICK FÜR ÄLTERE

Die Lage am Arbeitsmarkt veräussert sich. Damit steigt erfahrungsgemäss auch das Risiko älterer Arbeitsloser, lange keine Stelle mehr zu finden und ausgesteuert zu werden. Bisher bedeutete das häufig, wenige Jahre vor der Pensionierung auf Sozialhilfe angewiesen zu sein oder Renten vorzeitig in Anspruch nehmen zu müssen – mit der einschneidenden Folge massiver Kürzungen. Das neue Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) schafft Abhilfe. Es tritt voraussichtlich per 1. Juli 2021 in Kraft. Auf Druck des Gewerkschaftsbunds haben aber bereits Personen, die ab 1. Januar ausgesteuert werden, Anspruch auf die Leistungen, sobald das Gesetz in Kraft tritt.

**BESSERE LEISTUNGEN.** Die Überbrückungsleistungen nach dem neuen Gesetz orientieren sich an den Regeln der Ergänzungsleistungen und bieten deshalb mehr als die Sozialhilfe. Die Höhe der Leistung bemisst sich am ausgewiesenen individuellen Bedarf bis zum Maximalbetrag von 43'762 Franken pro Jahr für Alleinstehende und 65'644 Franken für Ehepaare. Darüber hinaus werden Krankheits- und Behinderungskosten bezahlt.

Bezugsberechtigt sind alle, die ab 1. Januar 2021 nach Erreichen des 60. Altersjahrs ausgesteuert werden und insgesamt 20 AHV-Bezugsjahre vorweisen können, wovon mindestens 5 Jahre nach Erreichen des 50. Altersjahrs. Das Durchschnittseinkommen pro Jahr muss mindestens in der Höhe der BVG-Eintrittsschwelle liegen (aktuell 21'330 Franken). Vermögen über 100'000 Franken (Ehepaare 200'000 Franken) müssen zunächst aufgebraucht werden. Für die Behandlung von Anträgen sind die kantonalen Ausgleichskassen zuständig. (jk)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



KOMPAKTE KISTE: Auch kleine Projektoren können grossen Spass machen. FOTO: SHUTTERSTOCK

## Mini-Beamer: Darauf kommt's an

Mini-Beamer sind nicht grösser als ein Taschenbuch und sollen zu Hause Kino-Feeling ermöglichen. Doch viele Modelle taugen nur für stark abgedunkelte Räume. Darauf sollten Sie beim Kauf achten:

**Auflösung:** Wichtig ist bei den Geräte-Infos die sogenannte «native Auflösung»: Günstige Geräte haben meist eine native Auflösung von 800 x 480 Pixel. Für Filme in HD-Auflösung braucht es aber 1280 x 720 Pixel oder mehr.

**Helligkeit:** Sie wird mit der Bezeichnung ANSI-Lumen beschrieben. Je grösser die Leinwand und je heller der Raum, desto mehr ANSI-Lumen braucht es. Bei vollständig abgedunkeltem Raum reichen 200 bis 500 ANSI-Lumen für ein zwei Meter breites Bild. Über 2000 ANSI-Lumen sind für helle Räume mit etwas Tageslicht geeignet.

**Kontrast:** Je höher der Kontrast, desto schärfer wirkt das Bild. Der Beamer sollte mindestens einen Kontrast von 5000 : 1 haben.

**Akku:** Einige Mini-Beamer haben einen eingebauten Akku. Damit ist man unabhängig von einer nahen Steckdose vor Ort.

**Lampe:** In Mini-Beamern wird meist eine LED- oder DLP-Lampe eingebaut. LED-Lampen brauchen wenig Strom und erzeugen wenig Wärme – es ist also kein lauter Kühler nötig.

**Lautsprecher:** Die eingebauten Boxen klingen oft nicht gut. Erkundigen Sie sich beim Kauf, ob sich via Kabel oder Bluetooth Lautsprecher anschliessen lassen. MARC MAIR-NOACK

### Achten Sie beim Kauf auf eine genügend hohe Auflösung.

## Fragen und Antworten zum neuen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub Papi-Zeit für das Neugeborene

**Bei der Geburt ihres Kindes haben Väter ab dem 1. Januar 2021 Anspruch auf 14 Tage Vaterschaftsurlaub. work erklärt die Regeln.**

MARTIN JAKOB

Gegen den Widerstand von SVP, FDP und Gewerbeverbänden hat das Schweizer Volk im vergangenen September mit deutlichem Mehr Ja gesagt zum bezahlten Vaterschaftsurlaub. Alle Firmen müssen ihn gewähren. Hier die wichtigsten Fragen zum neuen Papi-Urlaub.

### Was muss ich tun, um Vaterschaftsurlaub zu erhalten?

Informieren Sie Ihre Firma über die Vaterschaft und teilen Sie mit, wann Sie den Urlaub beziehen möchten. Verpflichtet zum

Bezug des Urlaubs sind Sie hingegen nicht.

### Bekomme ich während des Urlaubs den vollen Lohn?

Während des Vaterschaftsurlaubs haben Sie Anspruch auf 80 Prozent des Lohns, maximal aber 196 Franken pro Tag (zwei Wochen entsprechen 14 Taggeldern). Es kann sein, dass die Firma auf 100 Prozent aufstockt, das wäre aber freiwillig, ausser der Einzelarbeitsvertrag oder der Gesamtarbeitsvertrag sehen etwas anderes vor.

### Muss ich mit der Mutter des Kindes verheiratet sein?

Nein. Sie müssen auch nicht mit ihr unter einem Dach wohnen. Jedoch müssen Sie die Vaterschaft anerkennen haben, und dies innert sechs Monaten nach

der Geburt. Sind Sie Schweizer Bürger und in der Schweiz wohnhaft, können Sie die Anerkennung bei jedem Zivilstandsamt erklären. Wenn Sie nicht Schweizer Bürger sind, ist die Anerkennung beim Zivilstandsamt am Geburtsort oder am Aufenthaltsort Ihres Kindes sowie am Wohnsitz oder am Heimatort seiner Mutter möglich.

### Kann ich den Urlaub auch erst beziehen, wenn das Kind schon etwas älter ist?

Sehr beschränkt. Die Bezugsfrist beträgt sechs Monate und läuft ab dem Tag der Geburt. Beziehen Sie den Urlaub nicht innerhalb dieser Frist, haben Sie den Anspruch verwirkt.

### Kann ich meine zwei Wochen auch tageweise beziehen?

Ja. Ob Sie den Vaterschaftsurlaub en bloc, in Form von zwei-mal einer Woche oder in einzelnen Tagen beziehen, ist Ihnen überlassen. Die Firma darf Ihre Wahlfreiheit nur einschränken, wenn sie zwingende betriebliche Gründe geltend machen kann.

### Ich bin seit einem halben Jahr arbeitslos. Habe ich auch in der Arbeitslosigkeit Anspruch auf Vaterschaftsurlaub?

Ja. Melden Sie Ihren Anspruch bei der AHV-Ausgleichskasse an und informieren Sie das für Sie zuständige RAV. Die Höhe der Vaterschaftsentschädigung entspricht mindestens dem bisherigen Arbeitslosentgelt.

### Ich arbeite unregelmässig im Stundenlohn bei verschiedenen Firmen und kann bei keiner

### FINANZIERUNG 0,25 PROMILLE MEHR EO

Für den neuen Vaterschaftsurlaub rechnet das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) mit Kosten von jährlich rund 230 Millionen Franken. Dieser Betrag geht zulasten der Kasse der Erwerbsersatzordnung (EO). Zum Ausgleich der Kosten ist der EO-Beitragssatz auf Anfang 2021 von 0,45 auf 0,5 Lohnprozente erhöht worden. Die Hälfte davon übernimmt der Arbeitgeber. Das bedeutet für Ihre Lohnabrechnung eine Erhöhung des EO-Abzugs um 0,225 Prozent – von bisher 0,225 auf 0,25 Prozent. (jk)

### Radio und Fernsehen 2021 80 Franken weniger

Die Radio- und Fernseh-abgabe sinkt um 30 Franken. Ausserdem gibt es dieses Jahr eine Rückvergütung von 50 Franken.

Mit der Umwandlung der geräteabhängigen Empfangsgebühr in eine geräteunabhängige Abgabe sanken die Kosten für private Haushalte Anfang 2019 von 451 auf 365 Franken. Nun wird's nochmals um 30 Franken billiger. Denn die Einnahmen fielen in den letzten zwei Jahren höher aus als erwartet. Deshalb hat der Bundesrat eine Anpassung vorgenommen. Die neuen Preise liegen bei 335 Franken für private Haushalte und 670 Franken für Kollektive.

### RÜCKZAHLUNG. Bis April 2015 mussten die Schweizer Haushalte auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen jeweils die Mehrwertsteuer entrichten. Dann aber entschied das Bundesgericht, dafür fehle die rechtliche Grundlage. Seither sind die Gebühren mehrwertsteuerfrei. Für die bis April 2015 ohne Rechtsgrundlage erhobene Steuer kommen alle Privathaushalte, die für das Jahr 2021 eine Gebührenrech-

### Netto kostet die Abgabe dieses Jahr 285 Franken.

nung erhalten, in den Genuss einer pauschalen Rückvergütung von 50 Franken. Serafe, die Erhebungsstelle für die Radio- und Fernseh-abgabe, zieht diesen Betrag von der Rechnung ab. Ein Gesuch ist nicht nötig.

**work**rätsel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung



Sonne tanken, im Sole-Whirlpool entspannen und sich kulinarisch verwöhnen lassen: Die mit Abstand beste Zeit des Winters geniessen Sie bei uns in Grindelwald, 1000 Meter über dem Alltag.

www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21  
Das Lösungswort lautet: ZUVERSICHT



DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Reinhard Döring, Schaffhausen. Herzlichen Glückwunsch!

Fruchtgetränk			bösart. Computerprogramm	russ. Parlament	animieren			Saugwurm	geschützte Marke	Film von Spielberg (1982)	bern-deutsch: Rahm		Abk.: Eidg. Zollverwaltung		schweiz. Nutzfahrzeugverband	3. Person von haben (Präs.)	flaches Wiesengelände	Vergehen beim Fussball (engl.)	
... lohnt sich		1						schweiz. Autor (Pedro)					pers. Herrschertitel						
Zch. f. Strontium			vor langer Zeit		verhältnismässig					8			Körperstellung		Ausruf d. Schmerzes				
kleiner Teich								Riese d. griech. Mythologie		plötzliche Einfälle		vier-eckiger Behälter					6		
					Gebärde, Wink		Zerlegung							14	Nicht-rechtlose im MA	Drei-zehen-faltig	handeln		
schweiz. Sängerin † 2018 (Lys)			be-glich ausruhen: sich ...		etwas Geformtes							Mörder von Siegfried		Die Agita-torin: Marga-rethe ... - Hardegger					
fangen, festnehmen							Finnland in der Landes-sprache		Ozeane		dies-jährig							7	Abk.: Obliga-tionen-recht
					Vergeltung, Sanktion		Ort mit Flug-platz im Kt. GR							Ethyl-alkohol		Geliebte des Zeus			
Haus-halts-plan	Zeter und ...		sich wundern								Tessiner Cam-ping-zentrum		Arbeits-freude, emsiges Streben					11	
Hunde-schar							Gemein-de im Kt. SG		Furcht		Druck-schriften					Ach guck: ... da!		Dechif-frier-schlüs-sel Mz.	
					Gebiets-verwalter im MA		herz-lich be-grüssen						Walk of ... der Pflegen-den		trocken (Wein)				
ital. Priester-titel			Impf-stoff								ver-schwin-de: ... weg!		Spiel-bank					3	
Komiker-duo: Dick und ...						5	Nasal-laut	EG-Nach-folgerin		voll-bracht, fertig					Keim-zelle		Doppel-konso-nant		
eh. jamaik. Sprinter (Usain)			Gourmet										Leitung für Flüssig-keiten					12	
					erlös-schen-des Feuer					Gastro-unter-nehmer Mz.									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 29. Januar 2021

INSERAT

**Sicherheit. Respekt. Solidarität.**

«Wie wichtig diese Grundwerte für unser aller Wohlergehen sind, zeigt sich in der Pandemie mehr denn je. Und: Gute Arbeit und soziale Sicherheit müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Führen wir diesen Kampf gemeinsam – vielen Dank für euer Engagement!»

Vania Alleva, Unia-Präsidentin

**WORKLESERFOTO**



**Wau! Schnee!**

WANN 3. Dezember 2020  
 WO Rieden SG  
 WAS Hund Stella im Schnee  
 Eingesandt von **Silvia Schmucki, Rieden SG**

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»**

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

- Dudin I:**  
**Wie lautet die männliche Form von Coiffeuse?**  
 a) Coiffist?  
 b) Coiffar?  
 c) Coiffeur?  
 d) Coiffer?
- Dudin II:**  
**Wie heisst die männliche Form von Schwein?**  
 a) Schweino?  
 b) Schweiner?  
 c) Schweinz?  
 d) Eber?



FOTO: KEYSTONE

- Dudin III:**  
**Wie lautet die männliche Form von Fliege?**  
 a) Flieger?  
 b) Fliege?  
 c) Flieg?  
 d) Flugger?

- Duden IV:**  
**Wie lautet die männliche Form von Team-Assistentin?**  
 a) Teamer-Assistent?  
 b) Team-Assistent?  
 c) Team\*-Assisi?  
 d) Team-Assistent?  
 Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2d; 3b; 4d

**WORKPOST**

18. Dezember 2020 **wg**

Pedro Lenz über Corona, verschlungene Berufswege und das Leben als Mundart-Autor

## «Schreiben ist viel besser, als ich es mir vorgestellt habe»

**Schriftsteller Pedro Lenz ist gelernter Maurer, hat als kirchlicher Jugendleiter gearbeitet und ist Beizen-Mitbesitzer. Ein Interview über sein neues Buch und das Leben in Pandemie-Zeiten.**

**work** Pedro Lenz, Sie sind ein humorvoller und Beizen-Mitbesitzer gleich doppelt. **work** Pedro Lenz: Das kann man so sehen. Ich bin aber, dieses evtl. nicht. Ich habe ich mir im Frühling schon davon abgemerkt. Vermutungen zu 80 Prozent einschätzbar bekommen.

**Aber Ihre Idee, das «Hauptstadl»-Ordnung, die Sie schreiben, wie geht es der?**  
 Ich habe das Glück, dass wir nie aus der Verantwortung der Mundart nicht raus zu sein müssen. Alles, was wir verschreiben, haben wir auch in der Mundart geschrieben. Das ist derzeit allerdings schwierig.

**Warum hat man immer eine gewisse Erfahrung?**  
 Nein, das meiste was nicht. Von Anfang an haben wir eine Unsitze vor uns. Nicht, dass wir nicht, sondern auch wir nicht. Während der letzten Monate war das Beizen mit einem geöffnet. Jetzt ist es um 19 Uhr zu veröffentlichen. Das ist für den Wert und die Mitarbeiter noch schwierig zu sein.

**A propos schwierig: Könnte ich in diesem Buch noch mehr über Veranstaltungen und Lesungen und was ist?**  
 In der Schweiz ist es fast. Als Autor hat man die Freiheit des Verlagswesens. Wenn

**Rechtswesen, um über ihren Gehalt zu finanzieren. Wie sehen Verhältnisse mit Einkommensänderungen bei beiden Publikumsbeschäftigten, kann eine Chance.**

**Sie sind Vater von zwei kleinen Buben. Was hat das in Ihrem Leben organisatorisch verändert?**  
 Meine Frau ist Journalistin und arbeitet an der Post. Ich bin – Journalist und was vor der Pandemie – mehr Tage pro Woche an Veranstaltungen. Ich habe die Schwere ist in Sachen, andererseits Kinderbetreuung und Elternkündigung im Moment ist es mehr als ich kann nicht freigegeben habe. Ich bin Vater der Buben auch. Das ist ein bisschen schön, aber auch sehr anstrengend.

**Angenehmer als das Schreiben?**  
 Anders. Aber das ist kein Problem. Wenn ich ein Buch schreiben kann, schreibe ich ein Buch. In dem Moment habe ich mich ein bisschen länger. Ich würde Ihnen die Herausforderung geben.

**Die Pandemie wird auch in der Hauptredaktion in Bern gesehen. Sie arbeiten als Autor auf dem Beizen-Praktikum bei Arbeitern.**  
 Ja, aber ich bin nicht in der Redaktion. In der Redaktion ist es ein bisschen anders. In der Redaktion ist es ein bisschen anders. In der Redaktion ist es ein bisschen anders. In der Redaktion ist es ein bisschen anders.

**Der Super-GAU, wenn wir jetzt die Buchhandlungen schliessen müssten.**  
 Arbeitenden immer als ich. Wenn ich keine Bücher mehr schreiben kann, dann ist es ein bisschen anders. In der Redaktion ist es ein bisschen anders. In der Redaktion ist es ein bisschen anders.

**Wie meinen Sie das?**  
 Ich kann das Beizen auch mit einem Charakteristiker sprechen, und dann kann ich das Beizen auch mit einem Charakteristiker sprechen. Aber ich habe immer das Gefühl, dass ich

**WORK 21 / 18. 12. 2020: «SCHREIBEN IST VIEL BESSER, ALS ICH ES MIR VORGESTELLT HABE»**

**Solche Menschen braucht das Land**

Solche Leute tun unserem Land gut: Menschen, die beide Füße am Boden haben und trotzdem den Kopf zu gebrauchen wissen.

STEPHAN GRIEDER, VIA FACEBOOK

**Ein richtiger Aufsteller**

Das Interview mit Pedro Lenz habe ich sehr gerne gelesen, ein richtiger Aufsteller inmitten so vieler schlechter Nachrichten. Es tut mir sehr leid, dass jetzt der «Super-GAU» eingetroffen ist und die Buchläden schliessen müssen.

VINCENZ BRUNI, PER MAIL

**WORK 21 / 18. 12. 2020: BELEGSCHAFT VON GENERAL ELECTRIC ZU ALLEM BEREIT**

**GE nur auf Steuervorteil bedacht**

Vor 40 Jahren wurde die Autoreifenfabrik Firestone geschlossen. Von einem auf den anderen Tag wurden 600 Arbeitnehmende auf die Strasse gestellt, und ein Aufschrei ging durchs ganze Land. Die Belegschaft erarbeitete einen Sanierungsplan, welcher der Konzernleitung von der extra nach Amerika gereisten Arbeitervertretung unterbreitet wurde. Der Plan wurde von den Amerikanern gelobt, aber nicht umgesetzt. Im Fall General Electric hat die Regierung des Kantons Aargau sich bereit erklärt zu vermitteln, aber die Erfolgchancen sind klein. Es ist ein weiteres Beispiel für das unsoziale Verhalten der Grosskonzerne, die nur auf steuerliche Vorteile bedacht sind.

PETER LAMM, VIA WORKZEITUNG.CH

**Einfach eine Schande**

Es ist einfach eine Schande, wie da hochbezahlte Manager ehemalige Top-Firmen einfach vernichten.

PETER GERBER, VIA FACEBOOK

**Sie waschen ihre Hände in Unschuld**

Und was machen die Politiker? Wieder einmal nichts! Brauchen sie auch nicht, wenn sie im Jahr 250 000 Franken einstecken, unter dem Motto: ich wasche meine Hände in Unschuld ...

GÜNTER SOTTOLASCH, VIA FACEBOOK

**WORK 21 / 18. 12. 2020: HUMOR IST, WENN WIR TROTZDEM LACHEN. WIR CORONA-TIERCHEN**

**Auch mal schmunzeln**

Die Corona-Berichterstattung von work ist seit Beginn der Pandemie breit: gesundheitliche Aspekte, ökonomische Auswirkungen gerade auch für die Lohnabhängigen und Selbständigen, die politischen Kämpfe hinter den Kulissen. Alles sehr fundiert und mit dem Fokus auf die Menschen, nicht auf die Kapitalinteressen. Das gefällt mir sehr. Danke dafür. Aber besonders gut gefallen hat mir in der letzten Ausgabe des ersten Corona-Jahres die Seite mit den Covid-Zeichnungen. Wir hatten im vergangenen Jahr wenig zu lachen, und wir werden auch die kommenden Wochen und Monate wenig zu lachen haben. Die Lage ist ernst, für viel zu viele sogar todernst. Umso wichtiger ist es, wenigstens ab und zu ein bisschen zu schmunzeln.

DOROTHEA BADER, PER MAIL

**Corona-Karikaturen: Darf man das?**

Auf dem Titelblatt und auf einer ganzen Seite veröffentlicht work Karikaturen zum Thema Corona. Jener Pandemie, die alles andere als lustig ist. Im ersten Moment habe ich gedacht: «Darf man das?» Dann habe ich mir die Bilder genau angesehen und bin zum Schluss gekommen: So, wie der Zeichner das gemacht hat, unbedingt. Denn er macht sich nicht lustig über die Pandemie als solche oder über ihre Opfer, sondern nimmt «uns alle» selbstironisch auf die Schippe. Und ganz ehrlich: Wer sich nicht bei wenigstens einem der Bilder auch ein bisschen selber erkannt hat, hat wohl nicht wirklich genau hingeschaut.

ERNST LENZ, PER MAIL

**WORK 21 / 18. 12. 2020: HOHE ZEIT FÜRS BACKEN IM ADVENT**

**Danke an alle, die da sind, ohne dass man sie bemerkt!**

Eine Gelegenheit, allen zu danken, die täglich für andere da sind, ohne dass man sie bemerkt: Bäckerinnen und Köchen, Chauffeuren und Chauffeusen, Bähnlerinnen und Hafnarbeiterinnen ..., die Liste könnte noch beliebig verlängert werden: Sie ermöglichen uns den bequemen Alltag. Nicht vergessen: die Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionäre, die ihr Bestes geben, um den Berufsleuten ihren Arbeitsalltag möglichst erträglich zu machen.

STEPHAN GRIEDER, VIA FACEBOOK

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

Fotograf **Matthias Luggen** rückt Menschen ins rechte Licht

# «Plötzlich hast du das Bild!»

**In ein gutes Bild investiert Fotograf Matthias Luggen viel Zeit und Herzblut. Und dreht dafür auch mal eine Extrarunde auf dem Spielplatz oder im Wald.**

PATRICIA D'INCAU | FOTOS SEVERIN NOWACKI

Seit bald drei Jahren fotografiert Matthias Luggen (54) für work. Für diese Ausgabe steht er ausnahmsweise nicht hinter der Kamera. Sondern davor. Wie er das findet? Luggen lacht: «Meistens fühlen sich die Leute etwas unwohl. Ich verstehe das.» Er empfehle es aber jeder Fotografin und jedem Fotografen, ab und zu die Seite zu wechseln. «Dann kannst du dich besser in die Menschen hineinversetzen.»

Das ist es auch, was Luggen interessiert: Menschen und ihre Geschichten. Sie bleiben in seinem Gedächtnis hängen. Noch heute erinnert er sich zum Beispiel an Lydia Veyard\*, die ihre Stelle verlor, weil sie Mutter wurde. Für work porträtierte Luggen sie mit ihrem Kind. Er sagt: «Die Gesichter durften nicht zu sehen sein. Trotzdem wollte ich, dass das Foto diese Verbundenheit ausstrahlt.» Also ging er mit den beiden zuerst auf den Spielplatz, danach in den Wald spazieren, «und plötzlich hatten wir dieses Bild». Für Luggen ist klar: «Diese Zeit musst du dir einfach nehmen.»

**ÜBER UMWEGE.** Viel Zeit verging auch, bis Luggen das Fotografieren zu seinem Hauptberuf machte. Erst mit 46 wagte er diesen Schritt. Er sagt: «Es war immer mein Ziel, aber mit vier Kindern kannst du nicht einfach alles hinwerfen und sagen: Ich bin jetzt Fotograf.» Plötzlich sei ihm dann aber klar geworden: «Jetzt muss ich das machen. Sonst ist es zu spät.»

Das war für Luggen dann auch die Erfüllung eines Bubentraums. Schon mit 13 hatte er sich seine erste Kamera gekauft, eine Minolta. Von seinem allerersten Lohn, den er sich mit WC-Putzen und Rasenmähen auf dem Campingplatz verdiente. Von der Pike auf brachte er sich das Fotografieren selber bei, doch lange blieb es beim Hobby. Und als Luggen mit 21 zum ersten Mal Vater wurde, verschoben sich die Prioritäten ohnehin.

Um Geld zu verdienen jobbte er auf dem Bau und in einer Schreinerei. Das Geographiestudium hängte er an den Nagel. Und schliesslich machte er eine Ausbildung zum Sozialarbeiter. «Aber eigentlich hätte ich lieber das GAF gemacht, eine alternative Fotoausbildung der Gruppe autodidaktischer Fotografen.» Doch das lag einfach nicht drin. Also sagte sich Luggen: «Jetzt arbeitest du jeden Tag eine Stunde an der Fotografie. Und das ist dann deine Lehre.» Genauso hat er es gemacht. Mehr als 15 Jahre lang.

**UNSICHTBARE ARBEIT.** Seit 2012 ist Luggen nun selbständig und hat sich eine Stamm-

kundschaft aufgebaut. Dazu gehören neben work etwa das «Grosseltern»-Magazin, die Stiftung für Konsumentenschutz und das Berner Strassenfestival Buskers. Trotzdem arbeitet er auch noch in einer Teilzeitstelle im Marketing. Denn: vom Fotografieren alleine lässt es sich heute nur schwer leben. Im Coronajahr hat sich Luggens Jahresumsatz halbiert und beträgt jetzt noch 30 000 Franken. «Die Auftragslage ist total eingebrochen.» Eine Jobsabgabe reut ihn besonders: «Ich hätte den Astronauten Claude Nicollier porträtieren dürfen. Weil er zur Risikogruppe gehörte, war das dann nicht möglich.»

Aber auch ohne Corona ist die Branche ein hartes Pflaster: Immer mehr Redaktionen sparen bei den Bildern. Der Kreis der Auftraggeberinnen wird kleiner, der Preisdruck nimmt zu. Und dann gebe es noch jene «Spezialisten», die am liebsten gar nichts bezahlen wollten, sondern ihm sagten: «Wir schreiben dann deinen Namen unter das Bild.» Das regt den sonst so sanftmütigen Walliser gehörig auf. «Unsere Arbeit ist doch nicht gratis!»

Und es ist viel Arbeit, die in einem einzigen Bild steckt. Am Anfang steht meistens ein Telefon: «Wenn ein Auftraggeber anruft, muss ich zuerst genau erfragen, was erwünscht ist.» Dann sammelt Luggen erste Umsetzungsideen. Und wenn immer möglich, besucht er schon im voraus den Ort, an dem der Fototermin schliesslich stattfinden wird. Besonders wichtig beim Fotografieren sei das richtige Licht. Und dass sich die Menschen vor der Kamera wohl fühlten. Luggen beobachtet sie schon, während er noch sein Equipment aufbaut. «Oft fällt mir da plötzlich etwas auf: eine bestimmte Bewegung, ein Gesichtsausdruck. Damit arbeite ich dann.»



«Uh sträng» findet es Luggen vor allem, aus mehreren Hundert Bildern eine Handvoll auszuwählen, die er dann an die Auftraggeberin schickt. Das macht er am Computer in seinem Schlafzimmer. «Nicht gerade sehr Feng-Shui», sagt er schmunzelnd.

**KEIN SCHNICKSCHNACK.** Am liebsten wäre Luggen sowieso immer unterwegs. «Die Arbeit am Computer mag ich nicht», sagt er. Aber die gehöre halt auch zum Beruf dazu. Genauso wie Versicherungen und Altersvorsorge abrechnen oder die eigenen Webauftritte pflegen. «In mein Instagram-Profil etwa investiere ich relativ viel Zeit. Solche Plattformen sind halt auch Visitenkarten», erklärt Luggen. «Und natürlich informiere ich mich dauernd, was fotografisch gerade so läuft.»

Das heisst auch, die eigene Ausrüstung à jour zu halten. Doch während andere einen riesigen Materialpark haben, ist Luggen minimalistisch unterwegs: eine kleine Leica-Kamera, die er immer bei sich trägt. Dazu eine Kamera für Auftragsarbeiten. Drei Objektive (eines davon von 1987) plus zwei unterschiedlich grosse Blitzanlagen – das ist schon fast alles.

Kaufen tut er meistens Occasion. Denn auch als Profi müsse man nicht immer das Neueste haben, findet Luggen. «Wichtiger ist, dass dir das Equipment passt. Du musst es gerne in der Hand haben und wissen, welche Knöpfe wo sind.»

Und was braucht es sonst noch so im Beruf? «Eine gute Fitness», empfiehlt Luggen. Aber vor allem auch: «Viel Neugierde!»



## MATTHIAS LUGGEN: DER «ROTE» WALLISER

Für Matthias Luggen (\*1967) ist die Fotografie nicht nur Beruf, sondern auch Hobby. Wenn er nicht gerade für einen Auftrag unterwegs ist, dann für eines seiner eigenen Projekte. Zuletzt hat er für eine Serie über 25 Menschen besucht, ihnen im Badezimmer ins «Spiegelschäftli» geschaut und dessen Inhalt fotografiert. «Ich wollte verschiedene soziale Schichten zeigen», erklärt Luggen. Vom Jugendlichen mit unklarem Aufenthaltsstatus bis zum Bauern ist alles dabei. Nur ein «so richtig Reicher» würde bisher fehlen. «Den hätte ich gerne noch!» sagt Luggen.

**KEIN ZUFALL.** Dass er sich für soziale Hintergründe interessiert, ist kein Zufall: Luggens Vater war Eisenbahner, aktiver SEV-Gewerkschafter und SP-Grossrat. Zusammen mit bekannten Figuren wie Peter Bodenmann gehörte er zum illustren Kreis der Linken. Ausgerechnet in der CVP-Hochburg Wallis! Im Skiclub sagte man ihm: «Ah, da kommt der Sohn des Sozialisten!» Trotzdem sei ihm aus dieser Zeit vor allem Gutes in Erinnerung geblieben: «Einmal haben wir uns zu sechst in einen Ford Anglia gequetscht, sind ins Goms gefahren und haben dort in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an den Ställen SP-Wahlplakate aufgehängt», lacht Luggen.

**WAHL-BERNER.** Seit 21 Jahren wohnt er mittlerweile in Bern. Zusammen mit seiner Frau und dem jüngsten Sohn Basil (18). 2019 machte Luggen als Fotograf rund 60 000 Franken Jahresumsatz.

**BESCHIEDEN:** Fotograf Matthias Luggen arbeitet mit einer kleinen, aber sorgfältig ausgewählten Ausrüstung.

\* Name geändert

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch). **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincgau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincgau@workzeitung.ch). **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch). **Korrektorat** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch). **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch). **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch). **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.